

Diözesanprojekt „Arbeitslosigkeit und Kirche“



Bürgerschaftliches Engagement für Arbeitslose

Abschlussveranstaltung

zum Projekt „Bürgerschaftliches Engagement für Arbeitslose“
am 21. September 2000 in Stuttgart

Helfen hat einen Namen. Caritas

Impulse und Dokumente

Nr. 8

Januar 2002

Bürgerschaftliches Engagement für Arbeitslose

Abschlussveranstaltung

zum Projekt „Bürgerschaftliches Engagement für Arbeitslose“
am 21. September 2000 in Stuttgart

Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart



Das Diözesanprojekt „Arbeitslosigkeit und Kirche“

ist das Handlungskonzept der Diözese Rottenburg-Stuttgart zum Thema Arbeitslosigkeit. Entwickelt als Konsequenz aus dem „Sozialwort der Kirchen“ bietet es interessierten Gemeinden, Dekanaten und Bürgergruppen Hilfestellungen, Informationen, Ideen und Konzepte für die Integration von Menschen ohne Arbeit in Gemeinden an. Diese Unterstützungsangebote zum Handeln werden vom Caritasverband der Diözese im Rahmen eines bis zum Jahre 2002 befristeten Projektes angeboten. Zwei Mitarbeiter aus dem Bereich Sozialarbeit und Theologie stehen als Ansprechpartner zur Verfügung. Die Projektsteuerung wird von einer Steuerungsgruppe unter Leitung von Ordinariatsrat Dr. Joachim Drumm wahrgenommen. Darin arbeiten Dekan Walter Elser, Stuttgart, Adalbert Kuhn, Katholisches Bildungswerk Esslingen, Ulrich Ruisinger, Kolpingbildungswerk, Präses Wolfgang Schmitt, Katholische Arbeitnehmerbewegung, Pfarrer Schobel, Diözesanstelle Betriebsseelsorge, Hildegard Seibold, Dekanatsreferentin, Aalen und Ewald Wietschorke vom Caritasverband der Diözese mit.

Kontakt

Gerd Wielsch Tel.: 07 11/26 33-15 30; E-Mail: wielsch@caritas-dicvrs.de
Ewald Wietschorke Tel.: 07 11/26 33-15 50;
 E-Mail: wietschorke.MartinusConsult@t-online.de;
 Fax: 07 11/26 33-15 70
Strombergstraße 11, 70188 Stuttgart Postfach 13 09 33, 70067 Stuttgart

Projektförderung

Das Projekt „Bürgerschaftliches Engagement für Arbeitslose“ wurde vom Sozialministerium Baden-Württemberg finanziell gefördert. Die Durchführung erfolgte in enger Kooperation mit der Geschäftsstelle Bürgerschaftliches Engagement/Seniorengenossenschaften im Sozialministerium Baden-Württemberg. Das Projekt war in das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement eingebunden. Es wurde im Rahmen des Forschungsverbundes evaluiert von der Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg, Projekt Bürgerschaftliches Engagement – Beratung und Forschung.



Für die Unterstützung und Begleitung danken wir

Herrn Dr. Konrad Hummel, Sozialministerium Baden-Württemberg,
Geschäftsstelle Bürgerschaftliches Engagement/Seniorengenossenschaften
im Sozialministerium Baden-Württemberg, www.buergerengagement.de
Herrn Paul-Stefan Roß, Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung an der
Evangelischen Fachhochschule Freiburg, Projekt Bürgerschaftliches Engagement –
Beratung und Forschung

Impressum

Ewald Wietschorke (Hrsg.)
Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart
Strombergstraße 11, 70188 Stuttgart Postfach 13 09 33, 70067 Stuttgart
Telefon: 07 11/26 33-0 Fax: 07 11/26 33-11 17
Redaktion: Thomas Wilk

Druck

Grafische Werkstätten, Gustav-Werner-Straße 24, 72762 Reutlingen

Inhalt

Seite	
2	Einleitung
3	Vorwort
4	Engagierte Bürgerinnen und Bürger in der Caritas
8	Rahmenbedingungen
8	Ausgangslage
8	Projektziele
8	Arbeitsansätze
10	Projekt 1: „Paten für Ausbildung und Zukunft“ (PAZ)
12	Projekt 2: Biberacher Arbeitsloseninitiative (BALI)
14	Projekt 3: Initiative „Rat und Hilfe“
16	Projekt 4: Kontaktstelle für Arbeit Waiblingen
18	Projekt 5: Armutskonferenz Aalen
20	Ergebnisse der Projektevaluation: Learning by doing?! Oder: Die lehrreiche Geschichte eines Modellprojektes
26	Modellprojekt Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement für Arbeitslose
27	Thesen/Fragen an ein Projekt des Bürgerengagements (BE)
28	Zukunft von Erwerbsarbeit und Bürgerarbeit
33	Literatur



Einleitung



Liz Deutz

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

zum Abschluss des Projektes „Bürgerschaftliches Engagement zum Thema Arbeitslosigkeit“ luden der Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart und das Sozialministerium Baden-Württemberg am 21. September 2000 in Stuttgart zu einer Präsentation des gemeinsam durchgeführten Projektes ein.

Das mit der Projektregie beauftragte Diözesanprojekt „Arbeitslosigkeit und Kirche“ organisierte einen moderierten Auswertungsdialo g der Projektergebnisse, eine offene Diskussion, Fachreferate und Arbeitsgruppen zu Spezialthemen.

Wir wollten mit dieser ganztägigen Abschlussveranstaltung die innerverbandliche Diskussion mit den vor Ort beteiligten unmittelbaren Kooperationspartnern aus kommunalen und kirchlichen Arbeitsfeldern erweitern. Mit einem „öffentlichen“ Rückblick wollten wir kritisch Positionen und Strategien zum Bürgerschaftlichen Engagement der Katholischen Kirche in der 1½-jährigen Projektphase beleuchten. Es war uns wichtig, auch die historischen Wurzeln des Bürgerengagements in der Caritas aufzuzeigen. Dokumentiert ist gleichzeitig der intensiv geführte Diskurs im Projekt zur Zukunft von Erwerbsarbeit und Bürgerarbeit.

Die Teilnahme von externen Fachleuten aus Kommune, Wissenschaft und Praxis bewies, wie hoch das Interesse an dem Projekt bzw. den sozialpolitischen Strategien des Caritasverbandes der Diözese Rottenburg-Stuttgart zum Bürgerschaftlichen Engagement und sozialen Auswirkungen der Beschäftigungskrise ist. Erfreulich und ungewöhnlich war der Teilnehmerkreis aus innerkirchlichen Projekten und Initiativen sowie Mitgliedern des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement.

Ein besonderes Interesse an den Lernerfahrungen im Projekt der Diözesanleitung äußerte auch Herr Generalvikar Werner Redies. Er hob hierbei die Rolle der Diözese hervor, die seit 1999 verstärkt Projekte zum Abbau von Erwerbslosigkeit als eine Konsequenz aus dem „Sozialwort der Kirchen“ initiiert hat.

Die Diskussion am Nachmittag wurde in zwei Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten fortgeführt. In einer Arbeitsgruppe standen die einzelnen Projekte mit ihren besonderen Arbeitsansätzen, Erfolgen und Misserfolgen im Mittelpunkt. Die zweite Arbeitsgruppe diskutierte, wie Institutionen aussehen sollten, damit sie für Bürgerinnen und Bürger attraktiv sind und welchen Beitrag Institutionen zu einer gesellschaftlichen Bewertung und Strukturierung von Arbeit leisten sollten.

Herr Dr. Konrad Hummel vom Sozialministerium Baden-Württemberg betonte in seinem Abschlussstatement die Fragestellungen, denen sich heute ein lernender Wohlfahrtsverband selbstkritisch zum Thema Projektarbeit und Bürgerengagement stellen sollte. Leitfragen waren beispielsweise: Mit welchen Leit- und Menschenbildern können engagementbereite Bürgerinnen und Bürger in konkrete Arbeitsansätze einbezogen werden? Welche neuen Instrumente braucht der Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart für schnelle und effektive Handlungsstrategien im Kontext mit dem Sozialkapital von Bürgerinnen und Bürgern?

Die Dokumentation hält die bei der Abschlussveranstaltung präsentierten Fachreferate und den moderierten Auswertungsdialo g fest. Wir haben Wert darauf gelegt, dass sie gleichzeitig auch einen Einblick in den Projektverlauf wiedergibt. Sie finden daher hier auch eine kurze Beschreibung der Projekte und die abschließenden Ergebnisse der Projektevaluation. Diese wurden uns von der Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg, Projekt Bürgerschaftliches Engagement – Beratung und Forschung, zur Verfügung gestellt.

Wir wünschen uns, dass unsere Dokumentation einen Beitrag zur Positionsbestimmung zum Bürgerschaftlichen Engagement liefert und hoffen, dass die Lernerfahrungen aus dem Projekt Ihnen Anregungen für Ihre Arbeit geben können.

Liz Deutz
Ewald Wietschorke



Vorwort

Angesichts großer gesellschaftlicher Herausforderungen gewinnt die Diskussion um Solidarität eine neue Dimension. Die Kluft zwischen „Armen“ und „Reichen“ nimmt auch in unserem Land zu. Um so mehr sind tragbare Netzwerke gefragt, die es neu aufzubauen gilt und gleichzeitig an bestehende vorhandene Strukturen anzuknüpfen. Grundauftrag kirchlichen Handelns war und ist es, auf Notstände aufmerksam zu machen und Nächstenliebe in praktischer Solidarität zu zeigen. So sollte in einer sich sozial verpflichtet fühlenden Wirtschaft der Zugang zu Erwerbsarbeit allen Frauen und Männern in unserer Gesellschaft möglich sein. Bei Lösungsstrategien zur Beschäftigungskrise kommt es jedoch auch darauf an, die Dominanz von Erwerbsarbeit zu überwinden. Es ist an der Zeit, auch andere gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten wie die Familienarbeit, ehrenamtliches Engagement neu zu bewerten.

Sich einzumischen in die Weiterentwicklung der sozialen Gesellschaft hat der Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart auch mit seinem Projekt „Bürgerschaftliches Engagement für Arbeitslose“ verfolgt. In enger Kooperation mit dem Sozialministerium Baden-Württemberg hat dieses Projekt neue Anstöße geliefert und gezeigt, dass unsere Diözese nicht nur davon spricht, an der Seite von Arbeitslosen zu sein. Der Kritik, dass die Kirche heute großen Abstand zur Arbeitswelt und zur Situation der Arbeitslosen habe, konnte der Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart entgegenreten. Gleichzeitig wurde in den Modellstandorten mit unterschiedlichen Arbeitsansätzen gezeigt, dass ehrenamtliches Engagement in vielfältigen Formen stattfinden und neu gelernt werden kann. Dass

freiwilliges Engagement heute bei Bürgerinnen und Bürgern anders gewünscht und gelebt wird – dass gesellschaftlich „undankbare“ Themen in der Vielfalt von ehrenamtlichen Feldern am Rande stehen – waren Lernerfahrungen, welche auch die im Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart haupt- und ehrenamtlich tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neu erfahren haben. Deutlich wurde auch, dass Engagement niemals nur von „Spezialisten“ ausgeübt werden kann, sondern durch eine beeindruckende Vielfalt einzelner persönlich sich engagierender Menschen. Statt Abgrenzung die Vernetzung mit Partnern aus kirchlichem Umfeld und dem Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement zu erproben, hat sich als notwendig und fruchtbar gezeigt: In den Projekten erprobte Ansätze wurden bereits in kirchlichen und breiteren öffentlichen Veranstaltungen vorgestellt und sind innerhalb Baden-Württembergs auf Nachahmung gestoßen.

Die vorliegende Dokumentation gibt einen Einblick in das Engagement von kirchlichen Initiativen und die während der Projektlaufzeit intensiv geführten Diskussionen zu Bürgerschaftlichem Engagement und Zukunft von Erwerbsarbeit. Mein Dank gilt den Frauen und Männern, die sich in den Initiativen und im Verband alltäglich – auch nach Ablauf des Projektes – engagieren. Mein besonderer Dank gilt auch Herrn Dr. Konrad Hummel, der sich mit uns auf den Weg gemacht hat, als lernender Wohlfahrtsverband Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten und anzuerkennen.

*Msgr. Wolfgang Tripp
Diözesancaritasdirektor*



Wolfgang Tripp

Engagierte Bürgerinnen und Bürger in der Caritas



Jürgen Kunze

Bürgerengagement gibt es auch im Raum der Wohlfahrtsverbände, auch in der Caritas, die hier durchaus umfassend verstanden sein will. Werfen Sie mit mir einen Blick auf Wurzeln und Entwicklungen, Erscheinungsformen, Begriffe, Ressourcen und Widerstände zwischen Bürgergesellschaft und Wohlfahrtsverband Caritas. Engagement für die Gemeinschaft wirkt gesellschaftlich strukturbildend, eine unbestrittene Tradition kirchlichen Ehrenamtes seit der Zeit der Alten Kirche. Menschen haben in der Christengemeinschaft die Chance gesehen, gesellschaftliche Grenzen zu überwinden¹, sich selbst aktiv einzubringen und damit als Ausdruck ihres Glaubens die Gesellschaft zu verändern. Freiwilligkeit, Nächstenliebe und Solidarität gegenüber Not und Ausgrenzung rechtfertigen, sie als „engagierte Bürger“ zu begreifen, wenn auch der Begriff erst viel später entstanden ist. Die Spuren dieser Tradition sind immer wieder zu entdecken.

Über die Jahrhunderte richtet sich Engagement auf die Überwindung der ständischen Grenzen. Diese verändernde Kraft zur Solidarität klingt bei Luthers ‚Freiheit eines Christenmenschen‘ an: Radikal frei kann er sich erneut dienstbar machen für Notleidende und Ausgegrenzte. Zu der aus dem Glauben kommenden „Christenpflicht“ – da kann ich doch nicht abseits stehen ... – gesellte sich daraus sich entwickelnd die „Bürgerpflicht“: Die gesellschaftliche Rolle ermöglicht Engagement und fordert es auch. Aber zunächst bleibt es exklusiv für die gehobenen Stände. Hier liegt die Wurzel des Begriffes „Ehrenamt“.

Viele heute noch bestehende (katholische) Sozialwerke lassen sich auf Gründerpersönlichkeiten zurückführen, deren tiefe persönliche Betroffenheit radikale Hinwendung zu Mitmenschen in Not forderte. Sie waren engagierte Vorkämpfer eines politischen und sozialen Katholizismus, die v. a. im 19. Jahrhundert mit einer Vielzahl sozialer Institutionen eine neue

Qualität von Sozialkultur schufen, die freie Wohlfahrtspflege begründeten und kirchliche Grundmuster zum sozialen Engagement entwickelten. Letzteres gelang ihnen umso mehr, als sie daneben auch wissenschaftliche Grundlagen zum Verständnis sozialer Probleme aufbauten (Katholische Soziallehre).

Diese Motive tragen weiterhin, trotz erkennbarem Wandel. In Vinzenz- oder Elisabethenvereinen verband sich noch eigene Hilfs- und Opferbereitschaft mit kirchlicher Identifikation und wirkte schon gesellschaftlich modellbildend. Heute wird die Freiwilligkeit stärker betont: Persönliche Verantwortung und gesellschaftliche Mitgestaltung gelten als Ideal²; diese Wurzeln aber, der genuine Beitrag ist engagierten Christen nicht mehr durchgängig bewusst.

Ende des 19. Jahrhunderts setzt eine andere Entwicklung ein, die vom Ehrenamt weg zur beruflichen sozialen Tätigkeit („hauptamtlich“) führte und zu seitdem sich daraus ergebenden Problemen der Kooperation und Rollensicherheit. Es sind dies auch die Wurzeln der verbandlichen Caritas.

„Ihr Caritasfreunde ..., sammelt euch, ... begeistert euch für eine noch umfassendere und planmäßige Ausübung der Werke der Nächstenliebe“³, ruft Lorenz Werthmann im Gründungsauftritt des Caritasverbandes aus. In der praktizierten Nächstenliebe bringt der Christ nicht nur zum Ausdruck, dass er selbst geliebt wird, er verbindet seine persönliche Hinwendung zu den „geringsten Brüdern“⁴ mit politischer und sozialer Aktion. Wieder ist der Gedanke Engagement als gesellschaftsverändernd zu verstehen.

Charismatisches Engagement verdichtet und organisiert sich in Verbänden. Ein (hoheitlicher) bürgerlicher Sozialstaat professionalisiert und sichert Sozialarbeit, weitet sie aus, lässt dem Engagement weniger Raum. Professionelle Sozialarbeit hat die Möglichkeiten und Wirkungen des

¹ Winrich A. Löhr, Das Ehrenamt als Ausdruck der Freiheit eines Christenmenschen – Wandlungen im Laufe der Kirchengeschichte, in: Theologie und Glaube, 87. Jg 1997, Heft 2, S. 206ff.

² Löhr a. a. O.

³ Lorenz Werthmann im Gründungsauftritt des Deutschen Caritasverbandes

⁴ Mt 25,35-40



Engagements erweitert, die Rahmenbedingungen verändert und zunächst das Freiwillige entbehrlich erscheinen lassen. Da und dort hieß es: lieber gar keine Mitarbeiter, als unqualifizierte. Das Ehrenamt war lange in Nischen zurückgedrängt. Verwiesen auf gewachsene Hilfsstrukturen mussten Engagierte sich eher anpassen als mitgestalten. Verantwortung als Motiv blieb damit Privatsache, ehrenamtliches Engagement blieb eher eine Hilfsfunktion. Lehner⁵ charakterisiert diese Entwicklung so: Die Caritas sei ein Zwitter zwischen Mitgliederverband und Dienstleistungsunternehmen geworden. Die Wiederentdeckung des Ehrenamtes ab den 70er Jahren machte den (katholischen) Verbänden klar, dass nicht nur Helfer verloren waren, sondern mit ihnen auch persönliches Engagement. Seit den 80er Jahren steht das Thema wieder regelmäßig auf der Agenda.

Die Situation stellt sich vielfältig und zum Teil widersprüchlich dar. Einerseits ist Engagement für kirchliche Dienste längst zu einer tragenden Säule geworden: im (Fach-)Verband oder allein. Telefonseelsorge und Hospizdienste sind ohne Ehrenamtliche weder möglich noch qualifiziert machbar. Vielfältig motiviert arbeiten Tausende in der kirchlichen Bildungsarbeit, den Gemeinden, in Jugend- und Sozialarbeit freiwillig mit, engagieren sich. Viele Engagierte sind heute sehr gut qualifiziert und verbinden Fachlichkeit mit Alltagsverstand. In einigen Bereichen sind die fachlichen Standards hoch (z. B. Telefonseelsorge/Hospizdienste), in anderen weniger oder anders entwickelt. Das Miteinander der Beteiligten beschreibt den eher strukturierten Teil des 3. Sektors, stark durch seine Verbindungen z. B. zum „Staat“ geprägt.

Engagement findet sich jedoch nicht nur in Helferbereichen, auch da, wo noch eher der Begriff „Amt“ einleuchtend erscheint. In Gemeinde-, Aufsichtsräten und in ehrenamtlichen Vorständen sozialer Werke und Stiftungen entscheiden sie mit. Die große Zahl der engagierten Räte ist nicht zu übersehen. Jedoch lässt uns die angepeilte Bürgergesellschaft, der 3. Sektor (der Deutsche Caritasverband versteht sich lt. Beschluss des Zentralrates als Teil

der Sozialbewegung), nach der Vernetzung, dem Austausch und dem gemeinsamen Auftreten dieser Räte und anderer Engagierter fragen, nach ihrer Begleitung, Gewinnung usw. Viele konfessionell orientierte Laien sind aber auch „kirchenfern“ engagiert, in der Selbsthilfebewegung, in der außerklinischen Psychiatrie. Wir müssen fragen, warum und erkennen, dass weder kirchliche noch staatliche Akteure allein in der Lage sind, den Rahmen für Engagement bereitzustellen.

Im Gegenteil: Sprunghaft gewachsenes Interesse an Ehrenamt und Engagement weckt v. a. bei Verbänden, die haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen haben, Verdacht (woher das große Interesse?), sogar Angst um Besitzstände (Fördermittel) und vor Vereinnahmung durch Politik und (Kommunal-)Politiker. Wir werden unsere Ansprüche auf Mitgestaltung als Kirche, Verbände und Caritas geltend machen und auch unsere „Besitzstände“ (i. S. notwendigen Voraussetzungen) verteidigen. Aber eine Bürgergesellschaft wird nur kommen, wenn wir für Öffnung und neue Entwicklungen sorgen und sie auch zulassen.

Die eingeführte Struktur sozialer Hilfesysteme, die Balance von Staat, Wirtschaft, Bürgern und Verbänden ist in Bewegung gekommen. Globalisierung und Sozialstaatskrise hinterlassen andererseits nämlich auch in kirchlichen Kreisen Spuren. Katholische Stiftungen mausern sich zu Sozialunternehmen, professionelles Management folgt auf professionelle Sozialarbeit. Trotz vieler Leitbildprozesse fällt es schwer, am Elan der Gründerzeit anzuknüpfen. Die Diskussion kirchlicher Gruppen und Verbände über altes und neues Ehrenamt zeigt Unsicherheit und mündet in die Frage, welche Motive konfessionelles Engagement tragen (dürfen). Unversehens taucht die Frage auf, wo und wie Engagierte tätig werden sollen oder müssen, welche Formen des Engagements passend sind für die Strukturen und das Selbstverständnis der Institutionen, Werke und Bewegungen. Bürgerbewegte Christen lernen allerdings andere Engagierte kennen und erleben die Ähnlichkeit der Beweggründe, Formen, Zusammenarbeit. Sie verstehen sich als ein Teil der Bürgergesellschaft und wollen sie mitgestalten. Andere sind in dieser Lage eher skeptisch, schotten sich gegenüber neuen Ideen, neuen Helfern, (Kooperations-)Partnern ab und fürchten

⁵ vgl. Markus Lehner, Praxis und Theologie des Ehrenamts im Wandel, in: Caritas, Heft 1, 100. Jg. 1999.

Vereinnahmung und Missbrauch. Nächte- lang Kröten über die Landstraße zu tragen eignet sich für manche nicht als ernsthaf- ter Inhalt für Bürgerengagement. Es muss schon was Soziales, Wichtiges sein. Die Frage nach den Motiven nimmt an Be- deutung zu, wenn wir erkennen, dass die verschiedenen sozialen Milieus, die es auch in kirchlichen Kontexten gibt, die Engagementbereitschaft determinieren, wie die jüngste Studie im Auftrag des Sozialministeriums Baden-Württemberg über „Freiwilliges Engagement und Lebenswelt“ zeigt⁶.

Neben den Selbstverständnisfragen ent- scheiden inhaltliche Vorlieben und Berüh- rungsängste über die Felder des Enga- gements. Engagierte finden sich eher für Themen, die salonfähig scheinen: Z. B. Armenspeisungen haben Wartelisten für Helfer. Wenig Menschen kümmern sich um Arbeitslose oder psychisch Kranke. Noch weniger „erfinden“ ganz neue For- men; das Projekt zeigt die Schwierigkeit Ideen zu implementieren. Freiwilligkeit und begrenztes Engagement, Verantwor- tung und Spaß, Bürgersinn und Eigennutz sind neue Begriffe und alte Motive; sie erweitern die kirchliche Tradition Näch- stenliebe, Opfer, Hingabe. Chancen für neue Lernmöglichkeiten in (konfessionel- len) Strukturen, die braucht es auch (wie- der).

In der Briefliteratur des Neuen Testa- mentes wird Caritas als Charisma ver- standen: Caris (griechisch für Reiz, An- mut, Gefallen) bedeutet, dass auch Spaß haben bei freiwilliger Verantwortlichkeit durchaus theologisch begründbar⁷ ist und zeigt, dass es zur Freiheit der Christen gehört. Noch wird diese Freiheit nicht immer gesehen, noch ist der Bezugs- rahmen eng, von traditioneller Sozial- arbeit, Aufgabenteilung zwischen „Profis“ und ehrenamtlichen „Helfern“ geprägt. Es wird in Zukunft sehr darauf ankommen,

⁶ Jörg Ueltzhöffer, *Freiwilliges Engagement und Lebenswelt, soziale Milieus in der Bürgergesellschaft. Ergebnisse einer sozial- empirischen Repräsentativerhebung in der Bundesrepublik Deutschland 2000*, ein Bericht des Sozialwissenschaftlichen Institu- tes für Gegenwartsfragen Mannheim (SIGMA). Geschäftsstelle Bürgerschaftliches Engagement/Seniorengenossenschaften des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden-Württemberg (Hrsg.), Stuttgart 2000.

⁷ vgl. I. Lehner, a. a. O.

die Motive und Milieufragen zu reflektieren und dabei sowohl die Öffnung bestehen- der Dienste und Strukturen zu bedenken als auch die Mitwirkungsmöglichkeiten und Wertschätzung Engagierter in der Caritas erheblich zu steigern. Das gilt auch für Ideen, die neu und ungewohnt an den Caritasverband mit der Bitte um Unterstützung, aber ohne Einmischung herangetragen werden.

Verantwortlichkeit und Solidarität sind im christlichen Sinne Charismen, die die Erneuerung der Kirche und die stete Ver- änderung der Gesellschaft ermöglichen. Diese Tradition dringt durch, wenn Selbst- hilfegruppen kritisch die (in der Ver- gangenheit oft) überbehütende, entmündi- gende Sozialarbeit in (konfessionellen) Institutionen aufbrechen. Das entwickelte Netz kirchlicher (und selbstverständlich auch staatlicher/kommunaler) Dienste und die Gesellschaft insgesamt braucht eine neue Balance: zwischen den eigenen und neuen (bürger- schaftlichen und kommu- nalen) Strukturen. Dieser Gedanke hat für unseren Verband zur Idee geführt, soziale Dienstleistungen grundsätzlich als „Inte- grierte Hilfesysteme“ anzulegen. Kritisch im Umgang mit Expertentum, Macht der Institutionen, offen für neue Ideen, für menschengerechte und lebens(-raum)- nahe Lösungen. Es gibt kein „richtiges“ System der Hilfe, es gibt eine Vielfalt und wir brauchen noch mehr Aufbrüche. Eine Rückkehr zu den Wurzeln (im Sinne der Wohlfahrtspioniere des 19. Jahrhunderts) ist da durchaus anzuraten: tiefe Betrof- fenheit, radikale Hinwendung und der Wunsch nach Veränderung, neue Lö- sungen, neue Formen, neue Bündnisse, neues Selbstverständnis. Das persönliche Engagement des Einzelnen hat Kraft zur Veränderung: Für Heinrich Wichern, einen evangelischen Pionier, führte das zum Gedanken einer „Inneren Mission“ als ge- sellschaftsverändernder Faktor.

Viele Träger sozialer Einrichtungen (z. B. Pflegeheime) würden gerne (mehr) Ehren- amtliche beschäftigen. Nicht als Lücken- bürger und Sparbeitrag, sondern für mehr persönliche Zuwendung, breiteres Hilfe- angebot und ein bunteres Programm: „Grüne Damen“, Einkaufshilfen, Erzähl- cafes und Fahrdienste. Ergänzungen zum öffentlichen finanzierten Mindeststandard, als spürbar gewordenes, christliches Motiv: Barmherzigkeit und Nächstenliebe! Eine sichtbare Alternative zum staatlich Normierten: zeigen, es geht auch anders!



Aber noch sind die Konzepte nicht sehr offen dafür, schränkt die Institution den Entfaltungsraum ein. Viele Träger scheuen aber auch den Aufwand, Engagierte anzuleiten, zu begleiten und in Teams mit Hauptamtlichen zu integrieren, mit ihnen über fachliche Alternativen zu streiten und ihre Kompetenz als Ressource wertzuschätzen.

Wirklich ernst genommen, könnten Freiwillige die Institutionen ganz schön umkrepeln. Dafür ist oft der Rahmen, den Behörden und Kostenträger setzen, zu eng und das wirtschaftliche Risiko zu hoch. Wir brauchen nicht nur neue Zugänge zum Ehrenamt und gewinnen dann mehr Engagement, wir müssen Teilhabe ermöglichen und zulassen können, dass da Neues entsteht. Dies gilt für die Formen der Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen, für echte Mitgestaltung, nicht nur bei Marginalien, sondern auch bei Konzepten, Entscheidungen. Vielleicht brauchen wir sogar Risikokapital für soziale Innovation, nicht nur am Neuen Markt.

Qualitäts- und Marktorientierung bringen Träger in Zugzwang und Erfolgsdruck, ambulante und stationäre Hilfen besser zu verzahnen, einen Mix von haupt- und ehrenamtlichen Helfern einzusetzen – ein wichtiger Impuls für einen „welfare mix“. Zunehmend gelingen auch Netzwerke: kleine Wohneinheiten für mehrere Generationen unterstützt von Bürgern. Mit weniger Profis vernetzen sich Strukturen und Menschen. Annäherungen an eine neue Kultur des Helfens, vielleicht auch an neue Maßstäbe für Hilfe. Sie fallen, wo erzwungen, noch schwer. „Integrationsfiguren“ gibt es noch zu wenig: Leute, die in Netzwerken denken, Verbindendes finden, selbstbewusst kooperieren. Wir müssen etwas riskieren, wenn wir hin wollen zu einer Bürgergesellschaft, aber auch Menschen entdecken, motivieren, entwickeln, weiterbilden, fördern. Es gilt, die Engagierten mit dem schon erwähnten Charisma in Kirche und Caritas zu finden und sie ins Spiel zu bringen.

In dem Brückenschlag zwischen privatem und öffentlichem Bereich, den die Caritas als „Bewegungsorganisation“⁸ gestalten kann, bringt sie politische Veränderung in

Gang, weil Sensibilität aus der eigenen Erfahrung in den gesellschaftlichen Prozess hineinkommt. Vororte, Experimentierfelder sind nötig. Menschen, die sich engagieren, sind eben nicht nur Helfer oder Räte, sie sind oft auch sonst aktiv: Handelnde, Wähler, Leser, Förderer, Entscheider, kurz: Gestalter der Alltagswelt. Sie entscheiden, wie lebenswert und solidarisch diese Gesellschaft sich entwickelt. Caritas kann und wird als „intermediäre“ Organisation ihren Beitrag leisten, Ideen einbringen, Menschen Entwicklungsanstöße geben, Planungen und Kooperationen moderieren. Es gibt schon sehr viele Engagierte in der Caritas. Wir brauchen aber noch mehr davon.

*Jürgen Kunze
Caritasverband der Diözese
Rottenburg-Stuttgart
Bereich Soziale Hilfen und Sozialpolitik*

⁸ Karl Gabriel, Caritas als Teil der Sozialbewegung, Caritas, Heft 1, 100. Jg., 1999, S. 8

Rahmenbedingungen

Ausgangslage

Das Projekt mit dem Titel „Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement für Arbeitslose an verschiedenen Standorten in Baden-Württemberg“ wurde für das Jahr 1999 zwischen dem Sozialministerium Baden-Württemberg, den kommunalen Landesverbänden und dem Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart vereinbart. Es wurde bis zum 30. Juni 2000 verlängert. Das Sozialministerium Baden-Württemberg hat dieses Projekt maßgebend gefördert.

Projektträger war der Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart, durchgeführt wurde es an fünf Modellstandorten unter Leitung der lokalen Caritas. Die Regie des Projektes wurde an den Diözesanreferenten Ewald Wietschorke delegiert. Die fachliche Zuordnung erfolgte an das im März 1999 gegründete Diözesanprojekt „Arbeitslosigkeit und Kirche“. Die Referentin dieses Projektes, Liz Deutz, wurde in die Regie miteinbezogen.

Im 2. Halbjahr 1999 wurde das Projekt evaluiert durch Herrn Paul-Stefan Roß, Mitarbeiter der Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg, im Rahmen des dortigen Projektes „Bürgerschaftliches Engagement – Beratung und Forschung“.

Projektziele

Die Kooperationspartner vereinbarten als Projektziel die „Zusammenführung von Arbeitsansätzen gegenüber Arbeitslosigkeit und zugunsten von freiwilligem Engagement vieler gesellschaftlicher Gruppen, im Kern vor allem aus der kirchlichen Gemeindearbeit heraus.“⁹

Das Engagement von Bürgern für das Thema Arbeitslosigkeit sollte aktiviert und gefördert werden. Ausgehend von der Vision einer demokratischen Bürgerge-

⁹ Vereinbarung zum Bürgerschaftlichen Engagement Projekt Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart „Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement für Arbeitslose an verschiedenen Standorten in Baden-Württemberg“, 1999, S. 1

sellschaft, in der sich Bürgerinnen und Bürger selbst um ihre sozialen Belange kümmern, sollten an den Modellstandorten mit unterschiedlichen Ansätzen gemeinwesenorientierte Projekte zum Thema Arbeitslosigkeit aufgebaut werden.

Projektleitungen und Regie konkretisierten diese Vereinbarung. Die geplanten Maßnahmen sollten auch eine deutliche Öffnung und Vernetzung der innerkirchlichen Akteure mit allen Partnern des Gemeinwesens bewirken. Gleichzeitig sollten die Projekte zu einer veränderten Positionierung der Freiwilligen- und Gemeindecaritasarbeit beitragen. Für die Projektarbeit wurden sieben Projektziele benannt:

- Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement speziell für das Thema Arbeitslosigkeit
- Führung des Diskurs zum neuem Verständnis von Ehrenamt
- Initiierung von Kontakten zwischen Bürgerinnen und Bürgern mit und ohne Arbeit
- Unterstützung von Arbeitslosen
- Aufbau eines Netzwerkes mit lokalen Bündnispartnern
- Öffentlichkeitsarbeit für das Thema Arbeitslosigkeit
- Schaffung von sinnvollen Tätigkeiten außerhalb von Erwerbsarbeit

Arbeitsansätze

Die fünf Modellstandorte entschieden sich für drei verschiedene Arbeitsansätze:

Der Arbeitsansatz „Patenmodell“ sah vor, Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen, die als „Paten“ Jugendliche bei der Arbeits- und Ausbildungsplatzsuche unterstützen und sie während der Ausbildung phasenweise begleiten.

Das Patenmodell wurde umgesetzt:

- in der Region Ravensburg: „Paten für Ausbildung und Zukunft“ (PAZ).



Der Arbeitsansatz „Anlauf- und Kontaktstellen“ zielte darauf ab, Beratung für erwerbslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen durch haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzubieten. Gleichzeitig sollten offene Räume für Begegnungsformen zwischen Bürgerinnen und Bürgern mit und ohne Erwerbsarbeit geschaffen werden.

„Anlauf- und Kontaktstellen“ gab es an drei Standorten:

- in Biberach: **Biberacher Arbeitsloseninitiative (BALI)**
- in Bietigheim-Bissingen: **Beratungsstelle Rat und Hilfe**
- in Waiblingen: **Kontaktstelle für Arbeit Waiblingen**

Der Arbeitsansatz „Armutskonferenz“ beabsichtigte, eine öffentliche Plattform für die Themen Arbeitslosigkeit und Armut im lokalen Gemeinwesen zu schaffen. Im Netzwerk von Bürgerinnen und Bürgern, von der Problemstellung betroffenen Menschen, Politikern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Kommune und Kirchen sollte gemeinsam der Prozess einer Sozialen Agenda in Aalen begonnen werden. Die **Armutskonferenz** wurde initiiert

- im Standort Aalen.

„Paten für Ausbildung und Zukunft“ (PAZ)



Träger

Caritas Bodensee-Oberschwaben
Zentrum Ravensburg
Schwanenstr. 5
88214 Ravensburg
Ewald Kohler
Tel.: 07 51/3 62 56-0

Kooperationspartner

Bund der Deutschen Katholischen Jugend
(BDKJ)
Marienplatz 17
88299 Leutkirch
Peter Stark
Tel.: 0 75 61/49 25

Projektlaufzeit

01.01.1999 bis 30.06.2000

Projektorte

Region Ravensburg: Leutkirch und
Wangen

Personalstruktur

ein hauptamtlicher Mitarbeiter
ein Sozialdiakon der katholischen
Kirchengemeinde
ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und
Mitarbeiter

Projektleitung

Die Projektleitung wurde dem Mitarbeiter
beim Bund der Katholischen Jugend
(BDKJ), Herrn Peter Stark, übertragen.
Herr Peter Stark wurde für die Projektlauf-
zeit zusätzlich mit einem Beschäftigungs-
anteil von zunächst 30 %, später 50 %
aus Mitteln der Projektförderung finan-
ziert. Für diesen Projektauftrag war er
befristet bei der Caritas Bodensee-Ober-
schwaben angestellt.

Aufgabenfelder

- Durchführung regelmäßiger Sitzungen
der beiden lokalen Foren „Jugend und
Arbeit“, an denen Fachleute, Politiker,
Kirchengemeinderäte, hauptamtlich
und ehrenamtlich tätige Bürger und
Bürgerinnen teilnehmen
- Beratung und Kontaktangebote zu
Jugendlichen in den wöchentlich statt-
findenden Job-Cafes der beiden örtli-
chen Jugendhäuser
- Begleitung der ehrenamtlichen Bürger-
innen und Bürger bei der Mitarbeit in
den Job-Cafes
- Mitarbeit bei der Durchführung von
Mentorenkursen und Veranstaltungen
von SOZIALZEIT
- Kooperation zu örtlichen Trägern und
Initiativen

Projektverlauf

Im ersten Projektjahr erwies sich, dass die
ursprüngliche und inzwischen an anderen
Orten erfolgreich nachgeahmte Projekt-
idee – ehrenamtliche Paten zu gewinnen,
um benachteiligte Jugendliche in Ausbil-
dungsplätze zu vermitteln und sie während
ihrer Ausbildung zu begleiten – nur schwer
umzusetzen war. In der Region Ravens-
burg waren zwischenzeitlich auf Grund des
damals neuen Sozialprogramms zur Bek-
ämpfung der Jugendarbeitslosigkeit der
Bundesregierung vielfältige Maßnahmen
professioneller Anbieter im Bereich
„Jugendarbeitslosigkeit“ entstanden. Die
Kooperationsbereitschaft beim Arbeitsamt
als auch bei anderen Trägern war teilweise
gemindert. Es schien so, als ob Jugend-
liche bereits genügend geeignete Hilfen
über das Arbeitsamt erhielten. Zudem
wurde festgestellt, dass eine hohe Hemm-
schwelle von Seiten Jugendlicher bestand,
sich auf eine Patenschaft einzulassen.





Im Herbst 1999 wurde im Projekt die ursprüngliche Projektidee erweitert und auf eine neue konzeptionelle Grundlage gestellt. Leitgedanken dieser konzeptionellen Veränderung und zugleich wichtigste Zielsetzungen für die Projektarbeit waren:

- das Projekt aus dem engen kirchlichen Rahmen (Gewinnung von Ehrenamtlichen vorrangig aus Kirchengemeinden) herauszuführen
- eine Vernetzung mit den beteiligten Kommunen, fachlichen Stellen und SOZIALZEIT, der Koordinationsstelle des Landnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement, zu organisieren
- eine Plattform zu schaffen, in der sich interessierte Bürger und Fachleute treffen und auf kommunaler Ebene, jeweils in Wangen und Leutkirch, Gedanken zur Verbesserung der Ausbildungssituation und zur konkreten Unterstützung von arbeitslosen Jugendlichen machen. Das Forum „Jugend und Arbeit“ – als Kooperation aller, die mit dem Thema Jugendarbeitslosigkeit befasst sind oder die sich mit dem Thema befassen möchten – sollte diese Plattform darstellen.
- eine offene Anlauf- und Treffmöglichkeit zu bieten: das Job-Café, wo betroffene Jugendliche zusammenkommen und Kontakte zwischen Jugendlichen und Ehrenamtlichen möglich werden.

An beiden Standorten entstanden nach dieser „Kursänderung“ die oben beschriebenen Foren und die Job-Cafés für

Jugendliche. Der öffentliche Diskurs zur Problemstellung von Arbeitslosigkeit und Bürgerschaftlichem Engagement in der Region konnte jetzt gelingen.

Nach Ablauf der Projektförderung wird das Projekt an einem Standort, in Leutkirch, begleitet durch den Sozialdiakon einer katholischen Kirchengemeinde weitergeführt. In Wangen wurde es beendet, weil die Koordinationsfunktion nach dem Ausscheiden des befristet angestellten Projektleiters nicht mehr gewährleistet werden konnte.

Biberacher Arbeitsloseninitiative (BALI)



Träger

Caritas Biberach
Zentrum Biberach
Kolpingstr. 43
88400 Biberach an der Riss
Joachim Schmucker
Tel.: 0 73 51/82 95-58

Kooperationspartner

Katholische Arbeitnehmerbewegung
(KAB)
Bezirk Oberschwaben
Öschweg 10
88447 Warthausen
Karl-Heinz Schoch
Tel.: 0 73 51/7 99 95

Projektlaufzeit

01.01.1999 bis 31.12.1999

Projektort

Biberach

Personalstruktur

ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) Bezirk Oberschwaben

Projektleitung

Die Projektleitung lag beim Fachbereichsleiter der Caritas Biberach, Herrn Joachim Schmucker, der diese Tätigkeit im Rahmen seines Dienstauftrages ausführte.

Aufgabenfelder

- Beratung für erwerbslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen
- Aufbau eines Treffpunktes – Kontaktcafés für Bürgerinnen und Bürger mit und ohne Erwerbsarbeit
- Aufbau und Begleitung der Selbsthilfegruppe „Mobbing“
- Kooperation mit Krankenkassen, Stadtverwaltung und anderen Institutionen

Projektverlauf

Die Biberacher Arbeitsloseninitiative (BALI) existierte bereits vor Projektbeginn, initiiert und getragen durch die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB), Bezirk Oberschwaben. Die Beratungsangebote fanden bis dahin in Räumlichkeiten der KAB statt. Eines der vorrangigen Ziele der Initiative war der Aufbau einer Anlauf- und Kontaktstelle in eigenen Räumen, zentral gelegen, um als Treffpunkt für Bürgerinnen und Bürger erreichbar zu sein. Die dann tatsächlich mühsam über die Stadtverwaltung gefundenen und angemieteten Räume erfüllten diese Kriterien nur unzureichend: Die Lage an einer vielbefahrenen Hauptverkehrsstraße verhinderte, dass die Räume bzw. die Initiative von der Bevölkerung als offener Raum für Begegnungen wahrgenommen wurden.

Das Beratungsangebot nach dem Bezug der neuen Räume wurde verstärkt angefragt, vor allem von Menschen mit dem Bedarf nach einer kurzzeitigen, oft nur einmaligen Beratung wegen einer Kündigung oder Bewerbung. Auf unerwartet große Resonanz stieß die Initiative zu einer Selbsthilfegruppe „Mobbing“. Mit dieser Gruppe hat BALI ein Angebot für Personen geschaffen, deren Arbeitsplätze nicht in erster Linie von Veränderungen am Arbeitsmarkt, wie konjunkturellen Schwankungen, betrieblichen Umstrukturierungen etc., bedroht sind. Hier treffen sich Menschen, die sehr individuell unter



den Folgen von innerbetrieblicher Konkurrenz und Leistungsdruck leiden. Sie erarbeiten sich unter Begleitung einer ehrenamtlichen Mitarbeiterin von BALI individuelle Lösungswege.

BALI hat mit diesem im Landkreis Biberach 1999 einzigen Angebot zu dieser Problemstellung einen offensichtlich großen Bedarf sichtbar gemacht. Die Kompetenz von BALI beim Thema „Mobbing“ wurde von Institutionen wie z. B. den Krankenkassen anerkannt. Der Imagegewinn nahm zu; das Spektrum methodischen Arbeitens innerhalb von BALI erweiterte sich und die Wirkung des Engagements ging verstärkt in den Erhalt von Arbeitsverhältnissen.

Das Thema „Arbeitslosigkeit“ stieß dagegen, auch im Hinblick auf die niedrige Arbeitslosenquote – trotz sich seit Jahren verfestigender Langzeitarbeitslosigkeit – insgesamt im Landkreis weder bei der Öffentlichkeit noch in der Kommunalpolitik auf Interesse. Das Projektziel, den Kreis der engagierten Bürgerinnen und Bürger innerhalb von BALI zu erweitern, konnte wenig umgesetzt werden. Dies ist auch mit auf die geringen personellen Ressourcen von BALI, die besondere Beratungssituation bei Menschen mit erheblichen sozialen Defiziten, die isolierte Stadtlage, das fehlende Problembewusstsein in der Öffentlichkeit zurückzuführen.

Die Biberacher Arbeitsloseninitiative BALI führt ihre Aktivitäten, schwerpunktmäßig den Selbsthilfeansatz im Bereich „Mobbing“ – auch nach der Projektförderung – fort.



Initiative „Rat und Hilfe“



Träger

Caritas Ludwigsburg-Waiblingen-Enz
Zentrum Ludwigsburg
Eberhardstr. 29
71634 Ludwigsburg
Hendrik Rook
Tel.: 0 71 41/9 75 05-22

Kooperationspartner

Katholische Arbeitnehmerbewegung
(KAB)
Bezirk Enz-Neckar
Porschestr. 11
71706 Markgröningen
Wilhelm Schuler
Tel.: 0 71 45/49 35

Katholische Arbeitnehmerbewegung
(KAB)
Bezirk Enz-Neckar
Hohenzollernstr. 27
74385 Pleidelsheim
Rita Hickl
Tel.: 0 71 44/2 15 61

Bauftragter für Kirche und Arbeitswelt im
evangelischen Kirchenbezirk Besigheim
c/o Evangelisches Pfarramt
Blumenstr. 20
74321 Bietigheim-Bissingen
Pfarrer Thomas Reusch-Frey
Tel.: 0 71 42/3 07 30

Katholische Betriebsseelsorge
Ludwigsburg
Schorndorfer Str. 31
71638 Ludwigsburg
Martin Zahner
Tel.: 0 71 41/64 09-4 39

Projektlaufzeit

01.01.1999 bis 31.12.1999

Projektort

Bietigheim-Bissingen

Personalstruktur

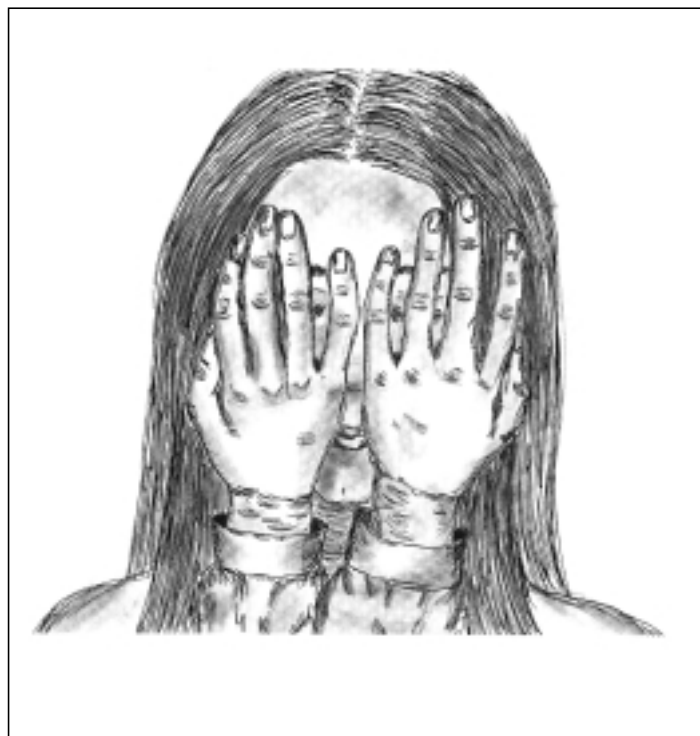
elf ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und
Mitarbeiter

Projektleitung

Die Projektleitung lag beim damaligen
ehrenamtlich tätigen Koordinator der
Initiative „Rat und Hilfe“, Horst Dreßler.

Aufgabenfelder

- Beratung für erwerbslose oder von
Arbeitslosigkeit bedrohte erwachsene
Menschen durch ehrenamtliche
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Beratung für Jugendliche im Übergang
von Schule ins Berufsleben
- Beteiligung am Evangelischen
Kirchentag 1999
- Initiierung eines Malwettbewerbs für
Schüler und Jugendliche zum Thema
„arbeitslos“
- Erstellung des Kalenders 2000
„arbeitslos ... nicht allein gelassen“
- Kooperation mit Institutionen aus dem
Gesundheitsbereich, Landesnetzwerk
Baden-Württemberg, Arbeitslosen-
initiativen Baden-Württemberg,
Schulen
- Öffentlichkeitsarbeit, u. a. regelmäßige
monatliche Pressearbeit
- eigene interne Fortbildung des ehren-
amtlichen MitarbeiterInnenkreises





Projektverlauf

„Rat und Hilfe“ existierte bereits seit Oktober 1997 als ökumenische Initiative. Der aktive Kreis von Ehrenamtlichen versteht sich als Berater und besteht aus Ruheständlern, ehemals arbeitslosen und berufstätigen Männern. Zum Projektbeginn waren vier Berater arbeitslos und engagierten sich aus dieser Situation heraus aktiv in der Initiative.

Die Beratungsangebote fanden monatlich zu bestimmten Tagen im Martin-Luther-Gemeindezentrum der evangelischen Kirche statt. Beraten wurden insgesamt 1999 80 Ratsuchende, davon eine größere Anzahl in weiteren persönlichen Gesprächen. Auffällig war die erhöhte Anfrage von Jugendlichen um Beratung.

Im Vergleich zu dem gut angenommenen Beratungsangebot wurde für das Thema „Arbeitslosigkeit“ im Landkreis von Unternehmen und Institutionen wenig Interesse gezeigt. Die Erfahrungen der Initiative zeigten, dass auch Kirchengemeinden sich schwer tun und scheinbar wenig Berührungen mit Arbeitslosen haben. Das Ziel der Initiative, Nicht-Betroffene, d. h.

Bürgerinnen und Bürger mit Erwerbsarbeit, mit denen ohne Arbeitsplatz in Kontakt zu bringen, gelang nur in Einzelfällen. Dies erlebte die Initiative vor allem in Bezug auf Langzeitarbeitslose. Sie beobachtete, dass gerade dieser Personenkreis sich wenig nach außen öffnen möchte.

Durch die kontinuierliche Pressearbeit und die Beteiligung beim Evangelischen Kirchentag mit einem Malwettbewerb gelang es dem Projekt, sich öffentlichkeitswirksam zu präsentieren. Der Malwettbewerb – ausgeschrieben für Schülerinnen und Schüler im Alter von 10 bis 14 Jahren und Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren – zum Thema „arbeitslos ...“ wurde gut angenommen. Die eingeschickten Bilder wurden prämiert, bewertet und nach einer Preisverleihung in einem Kalender für das Jahr 2000 mit dem Titel „arbeitslos ... nicht allein gelassen“ veröffentlicht.

Zum Ende des Projektjahres suchte das Projekt verstärkt die Kooperation mit dem Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement im Landkreis.

„Rat und Hilfe“ setzt seine Tätigkeit auch nach Projektabschluss fort. Die Beratungsangebote werden im Jahr 2000 verstärkt angeboten und die Vernetzung zu anderen ehrenamtlich tätigen Projekten und Initiativen im Landkreis gesucht.

Kontaktstelle für Arbeit Waiblingen



PROJEKT 4

Träger

Caritas Ludwigsburg-Waiblingen-Enz
Zentrum Ludwigsburg
Eberhardstr. 29
71634 Ludwigsburg
Hendrik Rook
Tel.: 0 71 41/9 75 05-22

Kooperationspartner

Evangelischer Kirchenbezirk
Haus der Diakonie
Postfach 1384
71303 Waiblingen
Sybille Patriarca
Tel.: 0 71 51/56 58 10

Waiblingen Aktiv – Büro für
Bürgerschaftliches Engagement
Beim Hochwachturm 8
71332 Waiblingen
Sybille Patriarca
Tel.: 0 71 51/56 58 10

Projektlaufzeit

01.01.1999 bis 30.06.2000

Projektorte

Waiblingen und Fellbach

Personalstruktur

ein hauptamtlicher Mitarbeiter (100 %)
ehrenamtliche Mitarbeiter und
Mitarbeiterinnen der Initiative „Netzwerk
Fellbach“ und der Selbsthilfegruppe „TU
WAS“

Projektleitung

Die Projektleitung lag bei dem für das
Projekt angestellten Mitarbeiter, Herrn
Preuß. Die fachliche Begleitung übernahm
Herr Dieter Morawitzky, Fachbereichsleiter
im Caritas-Zentrum Waiblingen.

Aufgabenfelder

- Aufbau und Etablierung einer unabhängigen Beratungsstelle für Erwerbslose
- Aufbau und Vernetzung von „Waiblingen Aktiv – Büro für Bürgerschaftliches Engagement“, in Kooperation mit der Diakonie
- Aufbau und Pflege einer Interessen- und Kontaktbörse in Waiblingen, in Ko-



operation mit der Diakonie und der
Waiblinger Lokalen Agenda

- Begleitung eines Erwerbslosen-Selbsthilfetreffs, in Kooperation mit der Arbeitsloseninitiative der Arbeiterwohlfahrt Rems Murr e. V.
- Durchführung von Veranstaltungen zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements in Kirchengemeinden in Waiblingen
- Gewinnung von neuen Ehrenamtlichen
- Unterstützung und Weiterentwicklung der Initiativen der Katholischen Kirchengemeinde St. Johannes in Fellbach

Projektverlauf

Die Kontaktstelle für Arbeit Waiblingen wurde kurz vor Projektbeginn Mitte Dezember 1998 gegründet. Sie wurde wie die anderen Projekte durch Mittel des Sozialministeriums Baden-Württemberg und durch Mittel der Bundesanstalt für Arbeit gefördert.



Im März 1999 wurde die Kontaktstelle für Arbeit Waiblingen offiziell im Caritas-Zentrum Waiblingen eröffnet. Sie wurde vor allem von Menschen ohne Erwerbsarbeit und von durch Arbeitslosigkeit Bedrohten genutzt. Im Mittelpunkt stand hierbei die Einzelfallberatung, welche zunehmend stark nachgefragt wurde.

Zum Ende des ersten Projektjahres wurde die Kooperation mit der Arbeiterwohlfahrt Rems Murr e. V. vertieft. Die Erwerbslosen-Selbsthilfegruppe „TU WAS“ wurde gemeinsam durch die Projektleitung und die Arbeiterwohlfahrt Rems Murr e. V. begleitet. Bei dieser Selbsthilfegruppe trafen sich sowohl Arbeitslose als auch Menschen, die wieder Erwerbsarbeit gefunden hatten. Schwerpunkt der Gruppe waren die Planung und Durchführung eines Veranstaltungsprogrammes zum Informationsaustausch, zu Freizeitaktivitäten, Betriebsbesuchen und Aktivitäten in der Öffentlichkeit.

Die Mitarbeit am Aufbau und Organisation des von der Diakonie Waiblingen neu gegründeten „Waiblingen Aktiv – Büro für Bürgerschaftliches Engagement“ war ein weiterer Hauptauftrag im Projekt. Aus diesem Büro heraus wurde die Interessen- und Kontaktbörse in Waiblingen initiiert, die dreimal pro Woche von ehrenamtlich aktiven Bürgerinnen und Bürgern geführt wird. Diese wurden von der Projektleitung unterstützt.

Die Kooperation der Kontaktstelle für Arbeit mit den Partnern Diakonie Waiblingen, Waiblingen Aktiv Büro für Bürgerschaftliches Engagement, Stadt Waiblingen, Lokale Agenda 21 Waiblingen und Arbeiterwohlfahrt Waiblingen erwies sich in den eineinhalb Jahren als gut und hilfreich. Durch die enge Vernetzung war das Projekt an der Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement und Durchführung von Veranstaltungen aktiv beteiligt. Damit war es gelungen, die Kontaktstelle für Arbeit Waiblingen in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Zusätzlich wurde kontinuierlich über deren Tätigkeit über Presseveröffentlichungen, ausliegende Faltblätter, das Kontaktnetz und Veranstaltungen informiert.

Ein wichtiges Anliegen des Projektes – die Unterstützung von Kirchengemeinden – wurde vor allem bei einer Kirchengemeinde in Waiblingen und bei einer bereits bestehenden Initiative einer Kirchengemeinde in Fellbach umgesetzt.

Bereits seit einigen Jahren hatte die katholische Kirchengemeinde St. Johannes in Fellbach eine Initiative gegen Arbeitslosigkeit gegründet. Sie richtete ein Sorgentelefon für arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen ein. Der Kreis der ehrenamtlich engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzte sich aus Kirchengemeindemitgliedern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung Fellbach, der Caritas, der Arbeiterwohlfahrt, Mitgliedern des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der IG Metall zusammen. Hier wurden Strategien wie z. B öffentliche Veranstaltungen zum Thema „Abbau von Arbeitslosigkeit“ und die Gründung eines breiten Bündnisses geplant. Leider wurde das Sorgentelefon nur phasenweise in Anspruch genommen. Das im März 2000 gegründete „Netzwerk Arbeit Fellbach“ von Caritas, Arbeiterwohlfahrt, DGB, IG Metall und der Katholischen Kirchengemeinde löste sich bereits im Mai 2000 wieder auf. Es hatten sich Bürgerinnen und Bürger gefunden, die interessiert waren, Patenschaften zu übernehmen; das Angebot wurde von arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen nur in geringem Umfang angefragt.

Auch bei dieser Initiative zeigte sich, dass die Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern, sich in diesem schwierigen Feld zu engagieren, hoch ist, aber die Resonanz bei Betroffenen, u. a. sich zu „outen“, nicht überschätzt werden darf.

Durch das frühzeitige Ausscheiden des bisherigen Projektleiters konnten Aufgaben vor dem Ablauf der Projektförderung nicht im bisherigen Umfang fortgesetzt werden. Die Kontaktstelle für Arbeit bleibt, zunächst bis Mitte November 2001, bestehen.



Armutskonferenz Aalen



Träger

Caritas Ost-Württemberg
Zentrale Beratungsstelle
Wohnungslose
Braunenstraße 9
73431 Aalen
Tel.: 0 73 61/63 03

Projektlaufzeit

01.01.1999 bis 30.06.2000

Projektort

Aalen

Personalstruktur

Ca. 20 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
eine Sachbearbeiterin ab 01.03.2000 (ABM)

Projektleitung

Die Projektleitung lag bei der Fachbereichsleiterin der Caritas Ost-Württemberg, Frau Barbara Pröttel, die diese Tätigkeit im Rahmen ihres Dienstauftrages ausführte.

Aufgabenfelder

- Bedarfsermittlung für eine Armutskonferenz
- Aufbau und Begleitung eines Netzwerkes möglicher Kooperationspartner
- Aufbau und Begleitung einer Projektgruppe
- Durchführung einer Theaterwerkstatt mit Bürgerinnen und Bürgern (mit und ohne Erwerbsarbeit)
- Durchführung einer Auftaktveranstaltung und weiteren Folgeveranstaltungen („Armutskonferenzen“)
- Eröffnung einer Wanderausstellung und Begleitveranstaltung zum Thema Arbeit
- Vernetzung und Mitarbeit im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
- Aufnahme und Mitarbeit bei der Lokalen Agenda 21 als Arbeitsgruppe „Agenda Soziales Aalen“

Projektverlauf

Im ersten Projektjahr lag der Schwerpunkt der neu gegründeten Projektgruppe auf

der Vorbereitung und Initiierung der „Ersten Armutskonferenz“ im Ostalbkreis. Hier ging es zunächst darum, die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren, die Situation von erwerbslosen und armen Menschen deutlicher als bisher hervorzuheben und zu problematisieren. Vertreter von Caritas, Kirchengemeinden und anderen Trägern stellten die Einschätzung der lokalen Politik und Verwaltung in Frage, dass das bestehende Angebot von Institutionen zum Thema Arbeit und Bürgerschaftliches Engagement in Aalen ausreiche.

Zum Ende des ersten Projektjahres fand nach vielen Vorgesprächen und gelungenen Kooperationen die erste Armutskonferenz in Aalen erfolgreich statt. Die Teilnahme von ca. 100 Menschen aus der Kommunalpolitik, aus Landkreis, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen, Bürgerinnen mit und ohne Erwerbsarbeit zeigte ein reges Interesse am Thema. Aus dieser Auftaktveranstaltung heraus wurde die Idee einer „Sozialen Agenda“ in Aalen geboren. Es entstanden enge Kooperationsformen zum Agenda Büro, zu weiteren Agenda Gruppen und dem Frauenbüro der Stadt Aalen.

Gleichzeitig gelang die Anbindung des Projektes innerhalb des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement über die Zusammenarbeit mit dem Bürgerbüro Aalen.

Zu Beginn des zweiten Projektjahres, Anfang 2000, wurde die Ausstellung „Ohne Arbeit kein Vergnügen, Kinderarmut – arme Frauen in Deutschland“ im Rathaus der Stadt Aalen der Öffentlichkeit vorgestellt. Die „Zweite Armutskonferenz“ fand als Abschlussveranstaltung der Ausstellung statt. Über die Ausstellung und die mit ihr verknüpften Veranstaltungen wurde in den Medien ausführlich berichtet.

Aus der interessierten Öffentlichkeit bildeten sich drei Projektgruppen. Diese befassten sich in drei unterschiedlichen Richtungen mit dem Thema Armut in Aalen. Während der Projektlaufzeit veränderte sich der Kreis der dort mitarbeitenden interessierten Bürgerinnen und Bürger. Zunächst beteiligten sich viele



Ehrenamtliche aus Neugier und/oder eigener Betroffenheit. Später engagierten sich vorwiegend Menschen, die „etwas verändern wollen“, welche die Situation von „Armen in Aalen“ zunächst genauer kennen lernen wollten, aber auch mit dem Wunsch, diese Situation zu verbessern. Die in den Projektgruppen ehrenamtlich aktiven Bürgerinnen, Betroffene (Langzeitarbeitslose) und hauptamtliche Fachkräfte sahen sich in unterschiedlicher Weise als „Experten“ im Bereich Soziales/Armut. Für dieses Projekt trifft besonders zu, dass hier Bürgerinnen und Bürger aus „unterschiedlichen Welten“ aufeinander trafen. Dies führte auch zu ungewöhnlichen „Allianzen“ und neuen Herangehensweisen an lokale/soziale Problemstellungen.

Im Laufe des zweiten Projektjahres entstand allmählich die Anbindung an den Lokalen Agenda Prozess. Das ursprüngliche Projekt „Armutskonferenz“ wurde zunächst zum „Agenda – Tisch Armut“ und im Laufe des Projektjahres hieraus die „Agenda Soziales Aalen“.

Auch nach Ablauf der Projektförderung wird das Projekt weitergeführt. Die Projektgruppen führen ihre Arbeit nun relativ autonom unter dem Dach „Agenda Soziales Aalen“ fort. Die gemeinsame Koordination liegt bei der Caritas Ost-Württemberg.



Ergebnisse der Projektevaluation: Learning by doing?! Oder: Die lehrreiche Geschichte eines Modellprojektes



Paul-Stefan Roß

Das Modellprojekt „Bürgerschaftliches Engagement und Arbeitslose“ wurde Mitte 1999 bis Anfang Januar 2000 durch die Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg evaluiert. Die Lernerfahrungen und Ergebnisse der Evaluation wurden während der Abschlussveranstaltung in einem moderierten Auswertungsdialog zusammengetragen und diskutiert.

Im folgenden Beitrag fasst Paul-Stefan Roß, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Evangelischen Fachhochschule Freiburg die Evaluation im Auftrag des Caritasverbandes der Diözese Rottenburg-Stuttgart durchgeführt hat, die zentralen Ergebnisse des Auswertungsdialogs zusammen. Ergänzt sind einige weitere Aspekte aus der Begleitforschung bzw. aus den Sachberichten der Projektstandorte.

Hintergrund

Modellprojekte haben ihrer Definition nach das Ziel, Lernerfahrungen zu bestimmten Fragestellungen zu ermöglichen. In der Bilanz eines Modellvorhabens gilt es, diese Erfahrungen auszuwerten.

Im Rahmen des Modellprojektes „Förderung Bürgerschaftlichen Engagements für Arbeitslose“ des Diözesancaritasverbandes Rottenburg-Stuttgart wurden auf verschiedenen Ebenen vielerlei Aktivitäten entfaltet. Getan wurde also viel – aber was wurde gelernt?

Die folgenden Überlegungen zu zentralen Lernerfahrungen aus dem Modell „BE für Arbeitslose“ gehen von folgenden vier Grundannahmen aus:

1. In den zurückliegenden eineinhalb Jahren haben alle Beteiligten dazugelernt bzw. dazulernen müssen.
2. Was gelernt wurde, wissen am besten die Beteiligten selbst.
3. Gelernt wurde sowohl aus dem, was gut gelaufen ist, als auch aus Entwicklungen, die sich im Nachhinein als Sackgassen bzw. als korrekturbedürftig herausstellten.

4. Ein offener Dialog über die gemachten Lernerfahrungen bringt alle Beteiligten weiter.

Aufgrund dieser Annahmen wurde für die Bilanz des Projektes die Form eines Auswertungsdialoges gewählt. Als Anknüpfungspunkte wurden Ergebnisse aus der Evaluation des Modellprojektes aufgegriffen. Die Gestaltung dieses Dialogs verdeutlichte zugleich die Vielschichtigkeit des Projektes.

Zu Wort kamen VertreterInnen der verschiedenen beteiligten Akteure:

- BürgerInnen, die sich in den Projekten engagieren und z. T. selbst von Arbeitslosigkeit betroffen sind
- für die Projekte verantwortliche Fachkräfte
- örtliche Caritasverbände
- Einrichtungen oder Institutionen, die vor Ort mit den Projekten zusammengearbeitet haben
- der Diözesancaritasverband als Träger des Gesamtprojektes
- das Sozialministerium Baden-Württemberg als Zuschussgeber und Verhandlungspartner für die Gestaltung des Modells

Die vielfältigen Lernerfahrungen dieser Akteure wurden auf drei zentrale Lernfelder fokussiert:

- A. Lernfeld „Thema“ (Arbeitslosigkeit und BE)
- B. Lernfeld „Projekte“ (die lokalen Projekte in ihren Bezügen)
- C. Lernfeld „Verband“ (Steuerung von Innovationsansätzen)

Diese Lernfelder wurden – unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Perspektiven der beteiligten Akteure – exemplarisch abgeschrieben.

A. Lernfeld „Thema“

1. Kirchliches Engagement im Bereich Arbeitslosigkeit kann sich nicht darauf beschränken, Arbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt integrieren zu



wollen. Im Zusammenhang damit muss auch das Verhältnis „Erwerbsarbeit“ und „Bürgerarbeit/BE“ neu bestimmt werden.

Als zu Beginn der Evaluation des Modellprojektes „BE für Arbeitslose“ nochmals versucht wurde, die Ziele des Projektes klar zu definieren, kam es zu einer Grundsatzdiskussion darüber, was als oberstes Leitziel anzusehen sei¹⁰. In den Gesprächen wurde deutlich: von außen her wird an die Projekte v. a. die Erwartung herangetragen, Arbeitslosen Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Diese Erwartung dominiert sowohl bei den Betroffenen, die mit den örtlichen Projekten in Kontakt kommen, als auch bei den verschiedenen Kooperationspartnern vor Ort (Kommunen, Arbeitsämter, Unternehmen, Kirchengemeinden usw.).

Die MitarbeiterInnen in den Projekten, aber auch die Verantwortlichen in den örtlichen Caritasverbänden bzw. im Diözesanverband waren sich jedoch darin einig, dass angesichts der demographischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Gesamtentwicklung (Stichwort: „Ende der Arbeitsgesellschaft“) diese Zielsetzung allein nicht angemessen sei. Vielmehr müsse es letztlich darum gehen, zu einem neuen Verständnis, einer neuen Bewertung und einer neuen Verteilung verschiedener Formen von Arbeit zu kommen (Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Bürgerarbeit). Auch unter diesem Aspekt kommt der Verbindung „Bürgerschaftliches Engagement und Arbeitslosigkeit“ eine besondere Bedeutung zu. Allerdings lässt sich diese grundsätzliche Zielperspektive „Neubestimmung des Verhältnisses von Erwerbsarbeit und Bürgerarbeit/BE“ offenbar nur schwer öffentlich vermitteln. Sie stellt daher so etwas wie „den geheimen Lehrplan“ des Modellprojektes dar.

Daran hat sich auch nach Ablauf des Modells im Prinzip nicht viel geändert. Der angesprochene Zielkonflikt kennzeichnet im Übrigen auch die offiziellen Stellungen der großen katholischen Verbände¹¹. Insgesamt ist jedoch Konsens, dass das kirchliche Engagement im Be-

reich Arbeitslosigkeit nicht nur einer Integrationsstrategie folgen kann, die ungebrochen am Leitbild der Erwerbsarbeitsgesellschaft festhält. Versuche einer gesellschaftlichen Neubewertung von Arbeit sind notwendig. Sie dürfen jedoch keinen zynischen Charakter annehmen, insofern Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit lediglich als „sinnvolle Ersatzbeschäftigung“ angeboten werden.

2. Beim Thema Arbeitslosigkeit bestehen nach wie vor viele „Gräben“. Arbeitslosigkeit ist in aller Munde – und doch ein Tabuthema.

Im Sachbericht zum Bericht BALI in Biberach heißt es zu den neuen Räumen, die die Initiative 1999 beziehen konnte:

„Wollte man das Thema Arbeitslosigkeit in Biberach verstecken, wären die örtlichen Gegebenheiten ideal.“¹² Die Ortswahl erfolgte sicherlich nicht bewusst – und erscheint den MitarbeiterInnen dennoch symptomatisch zu sein.

Auch KollegInnen aus anderen Projekten haben den Eindruck, dass Arbeitslosigkeit ein Thema ist, „für das sich die Öffentlichkeit nicht interessieren lässt“¹³. Hinzu kommt: „Das Desinteresse wird durch die Kommunalpolitik noch gefördert“ (vgl. Sachbericht, S. 14). Ein abwartendes Verhalten, das der Akzeptanz des Themas nicht sehr förderlich ist, wird auch den Stadtverwaltungen attestiert.

Die Gründe für diese abwartende bis abwehrende Haltung dem Thema Arbeitslosigkeit gegenüber scheinen vielfältig zu sein:

- In Regionen mit – gemessen am Bundesdurchschnitt – relativ geringer Arbeitslosigkeit ist das Thema nur schwer auf die politische Tagesordnung zu bringen („Ist bei uns kein Problem“).
- Die örtliche Politik und Verwaltung sieht sich dem Problem machtlos gegenüber.
- Personen, die vom Verlust ihres Arbeitsplatzes betroffen sind, geben sich in der Öffentlichkeit nicht als solche zu erkennen.
- Bei BürgerInnen wächst mit der Auseinandersetzung mit dem Thema die Furcht vor eigenem Arbeitsplatzverlust.

¹⁰ Sachbericht, Auswertung des Projektes „Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement für Arbeitslose“ an verschiedenen Standorten in Baden-Württemberg für das Jahr 1999, S. 5

¹¹ a. a. O., S. 38

¹² a. a. O., S. 12

¹³ a. a. O., S. 14



- Arbeitslosigkeit haftet offenbar noch immer der Makel an, selbst verschuldet zu sein.

Vielleicht ist es von diesen Aspekten her zu erklären, dass zum Beispiel aus Aalen die Erfahrung berichtet wird, für ein Engagement im Bereich Wohnsitzlosigkeit ließen sich eher BürgerInnen gewinnen als für den Bereich Arbeitslosigkeit. Die Biberacher Initiative weist darauf hin, die Initiierung einer Selbsthilfegruppe „Mobbing“ habe für sie zu einem „enormen Imagegewinn“ geführt¹⁴: weil auf diese Weise Menschen, die (noch) in Erwerbsarbeit stehen, zu den AdressatInnen der Initiative geworden seien und weil dadurch das Ziel der Erhaltung von Arbeitsplätzen in den Vordergrund rückte.

3. Bürgerschaftliches Engagement für Arbeitslose hat eine eigene spezifische Qualität. Ebenso werden Grenzen Bürgerschaftlichen Engagements in diesem Bereich deutlich.

Die erste und offizielle Instanz für die Beratung Arbeitsloser sind die Arbeitsämter. In vielen Projekten kümmern sich SozialarbeiterInnen beruflich um Arbeitslose. Im Modellprojekt „Förderung Bürgerschaftlichen Engagements für Arbeitslose“ wurde gezielt versucht, BürgerInnen für eine Unterstützung zu gewinnen. Dies ist zwar erst in Anfängen gelungen (eine Ausnahme bietet das ausschließlich ehrenamtlich getragene Projekt in Bietigheim). Dennoch kristallisieren sich einige Punkte heraus, die die besondere, spezifische Leistungsfähigkeit des Bürgerschaftlichen Engagements mit Blick auf Arbeitslosigkeit deutlich machen:

- Es gelingt, tragfähige persönliche Beziehungen aufzubauen (Abschlussbericht, S. 14).
- Es lassen sich Netzwerke bilden, um Jugendliche zu integrieren und zu begleiten (a. a. O., S. 27).
- Bürgerschaftliche Beteiligung verleiht den Projekten eine breite Basis, die dafür sorgt, „dass die Wertschätzung von kommunaler Seite nicht ausbleibt“ (ebd.).

Auf der anderen Seite wurde jedoch auch deutlich, wo die Grenzen dessen liegen, was Bürgerschaftliches Engagement im Bereich Arbeitslosigkeit leisten kann:

- Die Qualität des Leistungsangebots des jeweiligen Projektes hängt unmittelbar von den Kompetenzen der engagierten Personen ab (geringere Auswahl und geringere Steuerungsmöglichkeiten als bei hauptamtlichem Personal).
- Die Kompetenzen, die die Ehrenamtlichen mitbringen, teilen sich auf verschiedene Personen auf (der eine kann oder weiß dies, der andere das) und sind – zum Nachteil der Rat Suchenden – nicht immer gleichzeitig verfügbar.
- Bürgerschaftliches Engagement im Bereich Arbeitslosigkeit erfährt wenig Würdigung und ist damit weniger attraktiv.
- Engagierte zeigen sich teilweise wenig flexibel in Bezug auf Veränderungen ihrer Herangehensweisen.

Diese zwei Seiten der Erfahrungen mit BE im Bereich Arbeitslosigkeit zeigen: Das freiwillige Engagement von BürgerInnen bringt in die Unterstützung Arbeitsloser eine spezifische, von anderen beteiligten Akteuren nicht zu leistende Qualität ein. Auf der anderen Seite sind die Potenziale Bürgerschaftlichen Engagements realistisch einzuschätzen. Beruflich geleistete und bürgerschaftliche Unterstützung stellen auch hier keine Alternativen dar: Vielmehr kommt es auf das angemessene Mischungsverhältnis an.

B. Lernfeld „Projekte“

1. Eine besondere Herausforderung für die Projekte bestand darin, während der Laufzeit ihre Anfangskonzepte kritisch zu überprüfen und ggf. zu verändern.

Es gehört zum Wesen von Modellprojekten, dass sie experimentellen Charakter haben. Dies schließt die Notwendigkeit ein, die anfangs gewählten Vorgehensweisen immer wieder darauf zu überprüfen, ob sie sich als geeignet erweisen, die gesteckten Ziele zu erreichen.

Dies führte zum Beispiel in Ravensburg zu einer Revision des Konzepts: nach einem Jahr zeigte sich, dass das ursprünglich gewählte sog. „Patentmodell“ kaum auf Resonanz stieß. Es erwies sich mit Blick auf die Zielgruppe arbeitssuchender oder arbeitsloser Jugendlicher als missverständlich oder sogar abschreckend¹⁵.

¹⁴ a. a. O., S. 14

¹⁵ a. a. O., S. 14



Aber auch ehrenamtliche „Paten“ ließen sich nur schwer gewinnen. Die daraufhin neu konzipierten Arbeitsformen „Job-Café“ und „Forum“ fanden dagegen gute Akzeptanz – und zwar sowohl bei Jugendlichen als auch bei engagement-bereiten BürgerInnen.

An einem anderen Standort gelang es dagegen nicht, aus der mangelnden Resonanz, die das dortige Projekt fand, Konsequenzen zu ziehen: Die dortige Gruppe von BürgerInnen hielt am ursprünglich gewählten Konzept fest und reagierte auf Veränderungsvorschläge des Caritasmitarbeiters abwehrend.

2. Arbeitslosigkeit erweist sich in den Kommunen als ein politisch „undankbares“ Thema.

Eines der zentralen Leitziele der Projekte lautete von Anfang an: „lokale Bündnispartner finden“. In diesem Zusammenhang erwies sich insbesondere die Politik als ein schwer zu gewinnender Verbündeter. Die Gründe hierfür hängen zum einen mit dem spezifischen Thema Arbeitslosigkeit zusammen (siehe oben A.1).

Hinzu kommt, so zumindest sehen es die ProjektmitarbeiterInnen, dass Politik (bzw. die PolitikerInnen als handelnde Personen) mit Vorliebe solche Themen aufgreifen, die einen kurzfristig, öffentlich darstellbaren Erfolg versprechen. Zu diesen Themen zählt Arbeitslosigkeit gerade nicht. Außerdem führe die gerade beschriebene Handlungsweise der Politik zu einer starken Defizitorientierung und zu einer Fixierung auf lokal bzw. kurzfristig behebbare Mängel: Langfristige präventive Arbeit fände dagegen nur schwer politische Aufmerksamkeit.

Gleichwohl waren sich alle Beteiligten einig, dass es für die Projekte „BE und Arbeitslosigkeit“ wichtig sei, das Bündnis mit der Politik zu suchen. Oder anders herum formuliert: Gegen politische Widerstände sind die Projekte nur sehr schwer wirksam im lokalen Lebensraum zu verankern.

Zudem wurde übereinstimmend berichtet, dass es – aller Schwierigkeiten zum Trotz – sehr wohl möglich sei, das Thema Arbeitslosigkeit auf die politische Agenda zu bringen. Insbesondere auf zwei erfolgversprechende Vorgehensweisen wurde hingewiesen:

- Es gilt den Dialog mit der Politik zu suchen; lediglich Forderungen aufzustellen oder gar Schuldzuweisungen zu formulieren, führt zu Blockaden.
- Der Zugang zur Politik gelingt auch beim Thema Arbeitslosigkeit am besten über das Gespräch mit einzelnen Personen (GemeinderätInnen, Vorsitzende usw.); persönliche Überzeugungsarbeit ist notwendig, aber auch möglich.

3. Mit den kirchlichen Gemeinden ergibt sich eine konstruktive Zusammenarbeit keineswegs von selbst. Wo sie jedoch gelingt, ist sie für die Projekte sehr hilfreich.

Für Projekte eines kirchlichen Wohlfahrtsverbandes (hier des Caritasverbandes der katholischen Kirche) zählen die örtlichen Kirchengemeinden gewissermaßen zu den „geborenen“ lokalen Bündnispartnern im Sinne der oben genannten Zielsetzung. Deshalb war in der Kooperationsvereinbarung zwischen Diözesancaritasverband, Sozialministerium und Kommunalen Landesverbänden formuliert worden, es solle in den vorgesehenen Projekten darum gehen, freiwilliges Engagement gegenüber Arbeitslosigkeit „vor allem aus der kirchlichen Gemeindegearbeit heraus“ zu aktivieren und zu vernetzen (§ 3 der Vereinbarung).

Die Erfahrungen der Projekte sind an diesem Punkt durchaus unterschiedlich. Die Reserve, auf die die MitarbeiterInnen des Caritasprojektes vielfach in den Gemeinden stießen, hat zum einen wiederum mit der allgemein diagnostizierten Tabuisierung des Themas Arbeitslosigkeit zu tun (s. o. A. 1). Hinzu kommen einige Kirchengemeinde-spezifische Faktoren:

- Für die überwiegend mittelschichtorientierten Kerngemeinden ist das Thema Arbeitslosigkeit weit entfernt.
- Die Gemeinden neigen tendenziell dazu, um innerkirchliche Themen zu kreisen (Personalmangel, Schaffung neuer Strukturen, lehramtliche Verlautbarungen usw.).
- Sozialdiakonische Themen haben in den Gemeinden generell einen eher geringen Stellenwert, verglichen etwa mit den Bereichen Gottesdienst und Verkündigung.
- Das Verhältnis zwischen Kirchengemeinden und verbandlicher Caritas ist nicht immer einfach (z. B. Klage der



Gemeinden, der Verband würde ständig neue, jeweils als dringlich bezeichnete Themen an sie herantragen mit der Erwartung, dafür ehrenamtliche MitarbeiterInnen zur Verfügung zu stellen).

Auf der anderen Seite ist es immer wieder gelungen, Kirchengemeinde bzw. einzelne Gemeindemitglieder als MitstreiterInnen für die Projekte zu gewinnen. Wo eine solche Kooperation zu Stande kommt, ist sie nach den vorliegenden Erfahrungen für beide Seiten ein Gewinn:

- Kirchengemeinden können sich in lokale Netzwerke einbringen und hier den Projekten „BE und Arbeitslosigkeit“ Gewicht und Stimme verleihen.
- Umgekehrt ergibt sich für die Gemeinden die Chance, dass über solche Projekte Kirche neu bzw. anders als sonst üblich wahrgenommen wird: sowohl seitens der Zielgruppe Arbeitslose als auch in der Öffentlichkeit.

C. Lernfeld „Verband“

1. Der Caritasverband muss die Formen der Gewinnung von Ehrenamtlichen bzw. der Zusammenarbeit mit ihnen überdenken.

Auch in den Projekten „BE und Arbeitslosigkeit“ machten die örtlichen Caritasverbände und insbesondere die zuständigen hauptamtlichen Fachkräfte vor Ort die Erfahrung: „Engagierte lassen sich nicht (...) automatisch rekrutieren.“ Diese Tatsache ist im Prinzip nicht neu und gilt auch für viele andere thematische Felder. Gerade das Thema Arbeitslosigkeit war jedoch offenbar geeignet, eine spezifische Spannung zwischen verschiedenen Arbeitsansätzen ehrenamtlichen Engagements deutlich werden zu lassen (vgl. Sachbericht, S. 33):

- einerseits einem eher traditionell, karitativ geprägten Ansatz der Fürsorge für Arbeitslose;
- andererseits einem Engagement, das eher die Perspektive einer demokratischen Gesellschaft in den Vordergrund stellt.

Die Einbindung des Caritas-Modellprojektes in das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement ermöglichte einen Erfahrungsaustausch, der hilfreich war, um traditionelle Ansätze weiter zu entwickeln.

2. Der Caritasverband steht vor der Herausforderung, sich stärker am Gemeinwesen bzw. an den engagierten BürgerInnen zu orientieren.

Der Sachbericht zum Modellprojekt weist gegen Ende darauf hin, das Projekt habe wichtige Erkenntnisse geliefert für eine Umorientierung sowohl des Diözesancaritasverbandes als auch der örtlichen Verbände und der übrigen kirchlichen Partner. Gemeint ist die Entwicklung eines Arbeitsansatzes, der nicht primär oder ausschließlich von einer bestimmten Zielgruppe her denkt (in diesem Fall Arbeitslose), für die es – unter anderem ehrenamtliche – Hilfen zu mobilisieren gilt, sondern der sich stärker an den engagierten BürgerInnen, dem Gemeinwesen und den hier vorhandenen Ressourcen orientiert. Dieser Perspektivenwandel erwies sich insofern als nicht einfach, als ihm erstens die gängigen Routinen sozialer Arbeit, zweitens aber auch die üblichen Erwartungen an ein Arbeitslosen-Projekt (siehe oben A.1) entgegenstehen. Dieser Spagat war insbesondere für die Fachkräfte in den Projekten nicht einfach zu bewältigen.

In den Projekten wurde aber auch die positive Erfahrung gemacht, dass es dem Caritasverband gelingen kann, eine Rolle als aktiver und akzeptierter Moderator im örtlichen Gemeinwesen zu spielen und hier „kirchliche“ und „weltliche“ Akteure zusammen zu bringen.

3. Die experimentelle Implementierung neuer Ansätze der Freiwilligenarbeit im Verband ist nicht einfach.

Das Modellprojekt „BE und Arbeitslosigkeit“ ging in seiner Konzeption von einer engen Zusammenarbeit zwischen der Regie des Diözesancaritasverbandes, der regionalen bzw. lokalen Caritasverbände und der eigentlichen Projekte aus. Die Kooperationsvereinbarung zwischen Diözesancaritasverband, Sozialministerium und kommunalen Landesverbänden sah hierzu unter § 3 vor: „Die Regie des Diözesancaritasverbandes in der Aufbau-phase soll die lokalen Partner in ihrer Vernetzung stärken, Fachkräfte rasch einführen und den Methodenwandel der Sozialarbeit zu Gunsten neuer gemeinwesenorientierter Arbeitsweisen stärken.“ Im Verlauf des Projektes wurde deutlich, dass diese Zielvorgabe erst nach und



nach, nicht immer konsistent und nur mit einigen Schwierigkeiten inhaltlich konkret ausgefüllt werden konnte:

- Das Zusammenspiel der verschiedenen Gliederungen des Verbandes musste erst austariert werden. Dabei entstand eine (für innovative Modellansätze typische) Spannung zwischen der Umsetzungsautonomie der örtlichen Verbände und der Steuerung des für die spezifische Qualität des Gesamtprojekts verantwortlichen Diözesanverbandes.
- Der Kenntnisstand der in den einzelnen Projekten federführenden MitarbeiterInnen bezüglich der Ziele und des Ansatzes des Projektes war sehr unterschiedlich.¹⁶
- Fachkraftwechsel im Laufe des Projektes führten dazu, dass neues Personal ohne detailliertes Hintergrundwissen integriert werden musste.¹⁷
- Eine intensive inhaltliche Diskussion zum Themenkomplex Arbeitslosigkeit und Bürgerschaftliches Engagement wurde erst in einer relativ späten Phase des Projektes aufgenommen.¹⁸

Über notwendige Veränderungen in der Freiwilligenarbeit wird derzeit im Diözesancaritasverband Rottenburg-Stuttgart an verschiedenen Orten, in unterschiedlichen Zusammenhängen und von verschiedenen Personen diskutiert. Im Verlauf des Projektes „BE und Arbeitslosigkeit“ wurde deutlich: Um zu einer langfristig wirkungsvollen Weiterentwicklung zu kommen, bedarf es dringend einer Zusammenführung dieser verschiedenen Diskurse und ihrer Ergebnisse. Genau diese Bündelung fällt aber in einem vielgliedrigen, arbeitsteilig strukturierten Verband ausgesprochen schwer. Immerhin ergaben sich im Umfeld des Projektes dazu einige Ansatzpunkte. Die Einbindung in das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement könnte hier möglicherweise eine Art „katalytische“ Wirkung haben.

*Paul-Stefan Roß,
Evangelische Fachhochschule Freiburg*

¹⁶ a. a. O., S. 14

¹⁷ a. a. O., S. 14

¹⁸ a. a. O., S. 14

Modellprojekt Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement für Arbeitslose

Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart
Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Baden-Württemberg



LERNFELD „THEMA“ Arbeitslosigkeit und Bürgerschaftliches Engagement

1. Kirchliches Engagement im Bereich Arbeitslosigkeit kann sich nicht darauf beschränken, Arbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt integrieren zu wollen. Im Zusammenhang damit muss auch das Verhältnis „Erwerbsarbeit“ und „Bürgerarbeit/BE“ neu bestimmt werden.
2. Beim Thema Arbeitslosigkeit bestehen nach wie vor viele „Gräben“. Arbeitslosigkeit ist in aller Munde - und doch ein Tabuthema.
3. Beim Thema Arbeitslosigkeit bestehen nach wie vor viele „Gräben“. Arbeitslosigkeit ist in aller Munde - und doch ein Randthema.



LERNFELD „PROJEKTE“ Die lokalen Projekte in ihren Bezügen

1. Eine besondere Herausforderung für die Projekte bestand darin, während der Laufzeit ihre Anfangskonzepte kritisch zu überprüfen und ggf. zu verändern.
2. Arbeitslosigkeit erweist sich in den Kommunen als ein politisch „undankbares“ Thema.
2. Mit den kirchlichen Gemeinden ergibt sich eine konstruktive Zusammenarbeit keineswegs von selbst. Wo sie jedoch gelingt, ist sie für die Projekte sehr hilfreich.



LERNFELD „VERBAND“ Innovationsprozesse und ihre Steuerung

1. Der Caritasverband muss die Formen der Gewinnung von Ehrenamtlichen bzw. der Zusammenarbeit mit ihnen überdenken.
2. Der Caritasverband steht vor der Herausforderung, sich stärker am Gemeinwesen bzw. an den engagierten BürgerInnen zu orientieren.
3. Die experimentelle Implementierung neuer Ansätze der Freiwilligenarbeit im Verband ist nicht einfach.



Thesen/Fragen an ein Projekt des Bürgerengagements (BE)

Mit dem Dank an die Veranstalter verbinde ich kritische Fragen an modernes Projektmanagement.

1. Das Projekt und sein Erfolg muss sich messen lassen an der Prägnanz seines Leit- und Menschenbildes. Hilft das Projekt sich an einem Bild zu orientieren, das der Identität moderner Menschen entspricht? Stärkt es die „Mentorenqualität“ engagementbereiter Bürger, lässt es Sozialkapital (d. h. Vertrauensbeziehungen in/von/zu seiner Institution) wachsen, aus dem heraus produktive Hilfe wachsen kann?

Ist es also ein BE-Projekt und kein Sozialarbeitsprojekt, das statt des Mentors den Klienten in den Mittelpunkt stellt?

2. Bringt das Projekt Erkenntnisse über die Steuerung von Prozessen, die zeitnähere, effektive, pragmatische Problemlösung? Wie kann Theoriebildung nützlich sein? Konzepte und Theorien (wie hier vorgetragen zur Position des Caritasverbandes als eines „Bewegungsverbandes“ von Herrn Jürgen Kunze und zur Neuen Ökonomie, von Herrn Ewald Wietschorke) sind sinnvolle und notwendige Ergänzung zum praktischen Handeln.

Bis der Kreislauf Problemerkennung → Problemdefinition → Lösungshandeln → Umsetzungsfolgen in Gang kommt, hat sich ein gesellschaftliches Problem meist geändert. Wie halte ich die Ergebnisse offen genug für neue Anforderungen? Kann die Einschaltung örtlicher Anlaufstellen des BE sehr viel mehr Nachhaltigkeit in die Problemlösung bringen?

3. Hilft das Projekt typische „Sozialstaats-effekte“ zu vermeiden? Zu solchen Effekten gehört, dass die Probleme an die nächste Ebene herangetragen werden und diese sie dann über Aushandlungsprozesse an den Geldgebenden Staat heranträgt, der über Richtlinien Bewilligung steuert und Kontrollkriterien abfragen muss. Auch dies kann – kreislaufförmig – anders-

herum laufen, dass der Staat ein Problem lösen will und in der Ausführung sich der jeweiligen Strukturen und Ressourcen bedienen muss und dabei erhebliche Uminterpretationen und Grenzen der Programmwirklichkeit akzeptieren muss.

So werden aus freiwilligengestützten Projekten oder Integrationsprojekten oft schnöde professionelle Spezialisten- und sogar Ausgrenzungsprojekte, weil es standardisierte Richtlinien oder eine insuffiziente örtliche Trägersituation erzwingen. Kann eine Regie- und Fachberatungsebene das verhindern? Müssen alle Beteiligten in die Problemdefinitionsphase einbezogen werden? Dürfen Misserfolge, Organisationen und Führungskrisen offen evaluiert werden? Wie kann Nutzen definiert werden, der weder allein der Organisation noch allein dem Klienten zugute kommen soll, sondern eine Verbesserung der gesellschaftlichen Lage, des sozialen Klimas, bringen soll?

4. Gelingt eine Vernetzung, die sich nicht als zusätzliche Gremien- und Zeitbelastung im Kalender der Akteure auftürmt, sondern die wichtigsten Vertreter aus Politik, Verwaltung, Bürgerschaft, Betroffenen vorübergehend zusammenbringt, ohne Misstöne anderer hervorzurufen, also „Vertrauensbildung“ (Sozialkapital) und Effizienz (Betriebskapital) verbindet?

Dies sollen Fragen an einen lernenden Verband sein und gleichzeitig Eckpunkte künftiger Projekte.

*Dr. Konrad Hummel, Sozialministerium
Baden-Württemberg
Geschäftsstelle Bürgerschaftliches
Engagement/Seniorengenosenschaften*



Dr. Konrad Hummel

Zukunft von Erwerbsarbeit und Bürgerarbeit



Ewald Wietschorke

1. Einleitung

Der Inhalt meines Beitrages ließe sich auch gut mit dem 1995 erschienenen Buch von Herrn Rifkin beschreiben: „Das Ende der Arbeit“ oder mit der Frage von Ulrich Beck: „Wohin führt der Weg, der mit dem Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft beginnt?“ und das ist eine Fragestellung aus der Perspektive unseres Themas: „Ist an der vorgeschlagenen Alternative Bürgerarbeit statt Erwerbsarbeit etwas dran? Welchen Beitrag können wir vom Caritasverband als Akteure im klassischen Wohlfahrtsbereich dieses Landes und große Arbeitgebergruppe leisten? Welche Beiträge für eine Modellentwicklung für eine Zukunft neben und im Einzelfall ohne Erwerbsarbeit können wir anstoßen, erproben und entwickeln?“

2. Die Krise der Arbeitsgesellschaft

Die aktuelle politische Debatte wird nach wie vor von Vertretern der traditionellen Konzepte dominiert. Im Bündnis für Arbeit der Bundesregierung sind nur die klassischen Vertreter aus dem Arbeitgeber- und Arbeitnehmerlager vertreten. An konkreten Umsetzungsmodellen werden best-practice-Konferenzen zur Verbesserung der Ausbildung veranstaltet und Kombi-Lohn-Modelle zur Entwicklung eines Niedriglohn-Sektors entwickelt. Claus Offe, der Berliner Politikwissenschaftler, vergleicht Politiker mit einem Bahnangestellten, der die wartenden Reisenden über das baldige Eintreffen eines verspäteten Zuges informiert, obwohl er längst weiß, dass der Zug wegen eines Motorschadens liegen geblieben ist und nie eintreffen wird. Die hohe Arbeitslosigkeit führt hierzulande jedoch kaum zu Konflikten. Ein Verdrängen, Nichtwahrnehmen des Problems und der Ursachen ist feststellbar. Andererseits wächst in der Gesellschaft und der Wissenschaft die Zahl der Beiträge, die Arbeitslosigkeit als strukturelles Problem benennen, das mit herkömmlichen Lösungsvorschlägen nicht angegangen werden kann. Autoren wie Rifkin und Ulrich Beck sehen einen Epochenbruch, vergleichbar mit der industriellen Revolution.

Es sind vor allem folgende Entwicklungen, die diese These bestätigen:

2.1 Verteilung von Arbeit

In allen wirtschaftswissenschaftlichen Prognosen wird von einem weiteren Rückgang der Nachfrage nach Arbeitskräften bei gleichzeitigem Anstieg des Arbeitskräfteangebotes ausgegangen. Man geht davon aus, dass die Schere sich weiter öffnet und eine Vollbeschäftigung wie in den letzten Jahrzehnten nie mehr erreichbar sein wird. Bedauerlicherweise sind nahezu sämtliche Institutionen des Wohlfahrtsstaates und seiner sozialen Einrichtungen darauf aufgebaut.

Der Bericht der Zukunftskommission der Landesregierung stellt zutreffend fest, dass sich zwischen 1960 und 1995 das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (alte Bundesländer) verdreifacht hat, das bezahlte Arbeitsvolumen in dieser Zeit um 20 % abgenommen hat und die Arbeitszeit pro Beschäftigtem sich um 28 % verringert hat. Dieser Strukturwandel durch Produktivitätssteigerung trifft in noch stärkerem Maße einfache Tätigkeiten im Niedriglohnbereich, die teilweise mit zweistelligen Minusraten pro Jahr abnehmen. Die Folgen lassen sich gerade heute unter dem Stichwort „Langzeitarbeitslosigkeit“ in den Arbeitsmarktstatistiken nachlesen.

Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass sich das Vorkommen, die Art und die Verteilung von Arbeit gravierend ändert.

2.2 Strukturwandel in den Sektoren von Arbeit

- Die Beschäftigung im Bereich der Warenproduktion nimmt ab. Die Prognose des Institutes für Arbeitsmarktforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg für 2010 beläuft sich auf 29 % aller Arbeitsstunden.
- Die Beschäftigung im Dienstleistungsbereich nimmt seit 1960 zu. Der Beschäftigungsanteil soll 2010 bei 68 % liegen.
- Tätigkeiten im sekundären Dienstleistungsbereich wie Beratung, Bildung, Management nimmt überproportional



um 20 % zu, so die Prognose, die mit allen einschlägigen anderen Prognosen übereinstimmen.

- Im Bereich primärer Dienstleistungen, wie Bürotätigkeit, Reinigungsdienste, wird eine Stagnation eintreten.

2.3 Änderung der Produktionsweisen

Hier lassen sich folgende Faktoren ausmachen:

- rasant wachsende Produktivität
- Technologisierung, Mechanisierung, Digitalisierung
- Internationalisierung und Globalisierung
- das beschäftigungslose Wachstum; ein Wirtschaftswachstum ohne Beschäftigungseffekte ist eine realistische Perspektive. In Deutschland geht das IAB davon aus, dass, um das Beschäftigungsniveau zu halten, ein Wirtschaftswachstum von 2,5 % erforderlich ist.
- Dies hängt nicht nur an der Automatisierung, sondern auch an der geänderten Produktionsweise: Flexibilität und Diversifikation sind die Schlüsselbegriffe, die Informations- und Kommunikationstechnologie liefert die technischen Voraussetzungen.
- Die Informations- und Kommunikationsgesellschaft (Stichwort Digitalisierung) und die Globalisierung prägen die Rahmenbedingungen für die Nachfrage nach bezahlter Arbeit.

3. Gesellschaftliche Auswirkungen

Folgende Auswirkungen möchte ich exemplarisch nennen:

- Arbeitsmärkte werden liberalisiert mit der Folge, dass Normarbeitsverhältnisse seit 15 Jahren kontinuierlich abnehmen. Unter Normarbeitsverhältnissen werden dauerhafte sozialversicherungspflichtige Vollbeschäftigungsverhältnisse angenommen. Derzeit arbeiten nur noch weniger als zwei Drittel in gesicherten Normal-Arbeitsverhältnissen. Ein Drittel aller Beschäftigten, und das sind nicht nur die Risikogruppen mit Vermittlungshemmnissen, kennt Zeiten von Nichtbeschäftigung und Arbeitslosigkeit. Arbeit wird so zunehmend zu einem Faktor gesellschaftlicher Desintegration.

Der Arbeitsmangel führt zu einem Zeit-

wohlstand, der für andere Tätigkeiten genutzt werden kann.

- Gesellschaftlich organisierte und bezahlte Arbeit ist jedoch immer noch das gesellschaftliche Leitbild und Konstruktionsprinzip. Arbeit wird zum allein selig machenden Wert, zum Maßstab für Anerkennung schlechthin. Menschen reagieren unterschiedlich: Erfolgreiche Erwerbsarbeit wird zunehmend als sinnstiftend erlebt, Tätigkeiten außerhalb eher als unwichtig. Bei einer anderen Gruppe macht sich Fatalismus breit, da trotz Anstrengungen keine Effekte erzielt werden. Deren soziale und psychische Einbindung ist oft sehr schlecht. Flexibel zu sein wird zur Schlüsselqualifikation in Verbindung mit einem guten Self-marketing.
- Nahezu das gesamte soziale Sicherungssystem ist auf eine durchgängige Erwerbsarbeit ausgerichtet. Dies führt angesichts der Veränderungen zu Verteilungsergebnissen, die weder gerecht sind noch zu angemessenen Verteilungswirkungen führten. „Nur wer arbeitet, isst“ heißt es im Volksmund und im Brief des Apostels Paulus an die Thessaloniker.

4. Strategien – Auswege: Element einer neuen Arbeits-/Tätigkeitsgesellschaft

Die Reformansätze der letzten Jahre bewegten sich zunächst in zwei Bereichen:

- Veränderung der makroökonomischen Bedingungen: Stärkung der Angebotskräfte, Aktionen im Bereich Fiskal-, Geld-, Tarif-, Arbeitszeit- und Bildungspolitik. Als institutionalisierte Form ist hier das Bündnis für Arbeit zu nennen.
- Änderungen in der Arbeitsmarktpolitik: präventivere öffentliche Beschäftigungspolitik, Liberalisierung des Arbeitsmarktes

Als dritter Weg wird seit einigen Jahren das Modell von Arbeit jenseits von Erwerbsarbeit entwickelt. Die bisher diskutierten Modelle haben nachfolgend zu schildernde Grundelemente.

Der Begriff von Arbeit wird neu definiert und aus der eingeschränkten Perspektive der Erwerbsarbeit gelöst. Das Leitbild einer Tätigkeitsgesellschaft wird entworfen, in der ein plurales Angebot von Tätigkeiten zusätzlich zur bezahlten Erwerbsarbeit entwickelt wird.



Arbeit umfasst im weitesten Sinne „alle auf einen Zweck hin ausgerichtete Tätigkeit von Menschen“.

Erwerbsarbeit ist die unselbständige Tätigkeit als Arbeitnehmer, als gesellschaftlich nützliche, bezahlte Tätigkeit im privaten, öffentlichen und Profit-Sektor. Daneben wird nunmehr dargestellt, dass es in vielen Bereichen der Gesellschaft Arbeit gibt, Menschen tätig sind, die nach der Logik der Erwerbsarbeit nicht bezahlt werden. Nach einer Erhebung von 1994 stehen 47 Mrd. bezahlten Arbeitsstunden gegenüber 77 Mrd. unbezahlte Arbeitsstunden gegenüber, die zu zwei Dritteln von Frauen geleistet werden. Dies sind die Bereiche:

- Familienarbeit
- Selbstarbeit
- Bürgerarbeit

5. Modelle einer Tätigkeitsgesellschaft

Ich möchte Ihnen vier Ansätze nachfolgend darstellen:

1. Bericht an den Club of Rome 1998/ Veröffentlichungen von Patrick Liedtke
2. New Work – Ansätze von Frithjof Bergmann
3. Dritter Sektor: Ansätze Jeremy Rifkin und Prof. Rudolf Bauer, Bremen
4. Bürgerarbeit – Ulrich Beck

zu 1. Club of Rome

Der Ansatz schlägt ein Dreischichtenmodell zur künftigen Organisation von Arbeit vor. So soll Beschäftigung für alle gesichert werden.

1. Schicht: heutige unbezahlte ehrenamtliche Arbeitsplätze. Der Staat soll jedem Arbeitslosen einen Job garantieren, der etwa 20 Wochenstunden umfasst und der mit einem existenzsichernden Lohn vergütet wird. Die Finanzierung erfolgt über die eingesparten Mittel der Arbeitslosen- und der Sozialhilfe. Die Annahme ist für jeden Arbeitslosen verpflichtend.
2. Schicht: klassische vollbezahlte Arbeitsplätze im Industrie- und Dienstleistungssektor. Hier soll der Staat sich auf wenige Regelungen beschränken und den Rest dem Markt überlassen.
3. Schicht: freiwillige Tätigkeiten, die zum Wohlbefinden der Gesellschaft beitragen, jedoch im Bruttosozialprodukt unberücksichtigt bleiben, z. B. Haus-

arbeit und Nachbarschaftshilfe. Sie sollen sozial aufgewertet, jedoch unbezahlt bleiben.

Wirklich umstrukturiert wird nur der erste Bereich. Die Grundidee lautet: Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

zu 2. New Work

New Work/Neue Arbeit ist ein vor 15 Jahren in Michigan/USA von Prof. Bergmann entwickelter Ansatz, der versucht, die im Schwinden begriffene Erwerbsarbeit neu zu verteilen und das Verschwinden produktiv zu nutzen, als Chance für selbstbestimmte Tätigkeit. Es handelt sich um das Bemühen, unterschiedliche Strategien in ein Gesamtvorhaben zu integrieren:

- Arbeitszeitverkürzungsstrategie (Teilzeitorientierung)
- Erschließung brachliegender Felder gesellschaftlicher Arbeit
- Grundsicherung für alle, kombiniert mit höheren Selbstversorgungsanteilen der Menschen
- enge Kooperation mit Unternehmen, Politik und Gesellschaft

Die Geburtsstunde des Ansatzes war die Automatisierungswelle bei General Motors in Detroit, die zu Massenentlassungen in monostrukturierten Regionen führte. Es gelang dort, ein Arbeitszeitverkürzungsmodell zu vereinbaren. Dabei leistete die Belegschaft sechs Monate Erwerbsarbeit für die Hälfte des Lohnes und erlernte oder übte sechs Monate im Center für New Work, ebenfalls bei halbem Einkommen, Tätigkeiten für mehr selbstbestimmte Eigen- und Gemeinschaftsarbeit oder Familienarbeit, oder nutzte die Zeit für Bildung zu einem neuen beruflichen Start. Bis zu 5000 Menschen waren damals gleichzeitig in Maßnahmen.

Prof. Bergmann hat diesen Ansatz theoretisch weiterentwickelt und sieht in der Erschließung neuer Tätigkeitsfelder jenseits von Erwerbsarbeit den entscheidenden Ansatz. Bezahlte Arbeit ist für ihn ein notwendiges Übel zur Existenzsicherung. Gleichberechtigt treten zwei neue Arbeitsformen hinzu:

1. Bezahlte CALLINGS sollen Menschen das ermöglichen, was Sie immer schon tun wollten: Bildung, kulturelle Tätigkeiten, Gemeinwesenarbeit. Die Bezahlung soll entweder über Markteinkommen oder über eine staatliche Finanzierung erfolgen.



2. HIGH-TECH SELF PROVIDING, frei übersetzt: Selbstversorgung auf hohem technischen Niveau. Diese soll mit Hilfe von high tech gesteigert werden und so Konsumausgaben einsparen und ökologische Effekte erzielen.

Das Konzept wurde bisher jedoch kaum in der Praxis umgesetzt.

zu 3. Der Dritte Sektor

Der Dritte Sektor ist ein sozialwissenschaftlicher Sammelbegriff aus der US-amerikanischen Forschung. Nach Salamon sind dem Dritten Sektor alle Organisationen zuzurechnen, die

- formell strukturiert,
- organisatorisch unabhängig vom Staat,
- nicht gewinnorientiert,
- eigenständig verwaltet,
- zu einem gewissen Grad von freiwilligen Beiträgen getragen sind und
- keine Zwangsverbände darstellen.

Dieser Definition folgend sind Organisationen, die den Sektoren Markt oder Staat zuzuordnen sind, nicht einbezogen.

Es handelt sich um ein relativ junges Forschungsfeld, die amtliche Datenlage ist nicht befriedigend. Empirische Daten liegen aus der s. g. John-Hopkins-Studie vor. Diese Studie wurde zunächst in sieben Ländern Strukturen des Dritten Sektors untersucht. Die deutsche Teilstudie aus dem Jahre 1995 ergab erste Daten, die dem Dritten Sektor eine erhebliche beschäftigungspolitische Bedeutung zukommen ließen. Das Sozialministerium Baden-Württemberg hat nunmehr erstmals vor einigen Wochen für unser Bundesland in diesem Jahr eine Studie „Ökonomie und Bürgerengagement“ vorgelegt, um so Indikatoren für die Bedeutung und Struktur dieses Sektors zu erheben.

Einige wesentliche Ergebnisse aus Baden-Württemberg:

- Beschäftigte: 188.400, mit Vollzeit-Beschäftigten der Kirchen: 206.300, das sind 5,3 % aller Beschäftigten.
- Gesamtausgaben: 21 Mrd. DM
- Haupttätigkeitsfelder sind soziale Dienste
- Deutliche Unterschiede in der Beschäftigtenstruktur: Teilzeitquote (33 %) liegt deutlich höher als im übrigen Wirtschaftsbereich, der Frauenanteil insgesamt liegt bei 63 %, im Teilzeitbereich arbeiten 87 % Frauen.
- Haupteinnahmen des deutschen

Nonprofit-Sektors sind öffentliche Zahlungen. Immerhin knapp 30 % der Ausgaben sind eigenerwirtschaftet, aus Spenden etc.

Die Bedeutung des Dritten Sektors insgesamt ist in folgenden Punkten zu erkennen:

- zivilgesellschaftlich: Hier werden Rahmenbedingungen für Partizipation und Bürgerengagement bereitgestellt, organisiert.
- Non-Profit-Organisationen haben einen hohen Anteil am Welfare-Mix, an der Sozialökonomie.
- Im Bereich der Durchsetzung von Bürgerrechten, dem Eintreten für gesellschaftlich relevante Werte, wie Solidarität, Ökologie, kommt dem Bereich eine Schlüsselrolle zu.

Die Europäische Kommission hat bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt dem Dritten Sektor eine erhebliche Beschäftigungswirkung zuerkannt.

Diese Wirkungen sind auf mehreren volkswirtschaftlichen Ebenen feststellbar:

- **Arbeitsmarkt:** Der Dritte Sektor hatte in der Vergangenheit ein deutlich höheres Arbeitsplatzwachstum als die übrigen Bereiche und realisiert durch einen hohen Anteil an Teilzeitarbeit und flexiblen Beschäftigungsformen besser als Markt und Staat die Anordnungen an eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Durch eine Durchlässigkeit und Vereinbarkeit zwischen Erwerbsarbeit und Freiwilligenarbeit werden Formen einer neuen Tätigkeitsgesellschaft entwickelt.
- **soziales Kapital:** Das sind aktiv gepflegte soziale Kontakte und Bindungen, Kommunikation, Dialog mit Nutzen für die Gesellschaft. Neben der Pflege des Humankapitals wird zunehmend dies als wichtige gesellschaftliche Aufgabe gesehen.
- **mikroökonomische Bedeutung:** Hier geht es um das Verhalten von Haushalten in Bezug auf ein freiwilliges Engagement.

Im Auftrag der EU-Kommission wird derzeit ein europäisches Forschungsprojekt NETS – New Employment Opportunities durchgeführt. Die Universität Bremen, Prof. Bauer, hat die ursprünglich vom Hopkins-Projekt geweckten, fast euphorischen Hoffnungen auf das „Jobwunder“ Dritter Sektor relativiert. Zwar hat der



deutsche non-profit-Sektor in der Vergangenheit überdurchschnittliche Wachstumsraten erzielt, diese Entwicklung hat sich in den letzten Jahren aber verlangsamt. Zwischen 1995 und 1997 haben sich keine Veränderungen der Beschäftigtenzahl, also auch kein Abbau ergeben. Erhöht hat sich der Teilzeitanteil und der Anteil der befristet Beschäftigten. Barrieren für die Erweiterung des Dienstleistungsspektrums waren die ökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Somit sind überzogene Erwartungen an ein Jobwunder im Bereich der bezahlten Erwerbsarbeit fehl am Platz.

Erwartungen an den Dritten Sektor im Bezug auf die Entwicklung und Gestaltung eines Modells von Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und Bürgerarbeit sind jedoch sehr wohl begründet.

zu 4. Bürgerarbeit Beck

Die Antwort auf das Ende der Erwerbsarbeitsgesellschaft von Beck lautet: Förderung von Bürgerarbeit. Bürgerarbeit ist die Seele der Demokratie und für ihren schöpferischen Fortbestand unerlässlich. Statt Arbeitslosigkeit soll Bürgerarbeit finanziert werden.

Bürgerarbeit meint: organisierter schöpferischer Ungehorsam.

Voraussetzungen sind:
die Ermöglichung einer innovativen, experimentellen Kultur, die durch Selbstverwirklichung und Dasein für andere durchgeführt wird. Dies kann durch

- freiwilliges soziales Engagement, das projektgebunden und damit zeitlich begrenzt ist,
 - in kooperativen, selbst organisierten Arbeitsformen oder
 - in der Initiative eines Gemeinwohl-Unternehmers
- durchgeführt werden.

Position des Caritasverbandes

Daraus ergibt sich für eine Positionierung des Caritasverbandes Folgendes:

1. Bürgerarbeit wird nicht entlohnt, aber – Volunteering is not for free – nicht das Engagement muss bezahlt werden, sondern die Infrastruktur. Diese Mittel fließen jedoch über positive gesellschaftliche Wirkungen wieder zurück.
2. Bürgerarbeit muss jedoch materiell belohnt werden.

3. Voraussetzung für Bürgerarbeit ist eine elementar soziale Sicherung. Bisher ist dies bei den meisten engagierten Bürgern über Erwerbseinkommen oder Versicherungsleistungen, die auf Erwerbsarbeit basieren, gegeben. Bei einer Ausweitung von Bürgerarbeit wird daher vorgeschlagen, sowohl die Arbeitslosenhilfe wie die Sozialhilfe teilweise in ein Bürgergeld umzuwandeln und so eine Bürgerarbeit im genannten Sinne zu ermöglichen. Die Empfänger des Bürgergeldes sind dann keine Arbeitslosen mehr. Bürgerarbeitszeiten müssen in der Rente analog zu Kindererziehungszeiten berücksichtigt werden.

4. Wohlfahrtsverbände müssen den Übergang von der Nur-Erwerbsgesellschaft in eine gemischte Tätigkeitsgesellschaft organisieren. Dies kann sowohl durch Unternehmen unterstützt werden, als auch durch eine Förderung der öffentlichen Selbstfürsorge.

5. Der beschäftigungspolitische Teil des Konzepts kann sich durch das Volumen der bisherigen Transfereinkommen an Arbeitslose finanzieren. Dies könnte auch die politisch definierte Obergrenze für die Zahl der Arbeitsplätze sein.

*Ewald Wietschorke
Caritasverband der Diözese
Rottenburg-Stuttgart
Bereich Soziale Hilfen und Sozialpolitik*



Referat „Engagierte Bürgerinnen und Bürger in der Caritas“

Löhr, Winrich A.:

Das Ehrenamt als Ausdruck der Freiheit eines Christenmenschen – Wandlungen im Laufe der Kirchengeschichte, in: Theologie und Glaube, 87. Jg 1997, Heft 2, S. 206 ff.

Lehner, Markus:

Praxis und Theologie des Ehrenamts im Wandel, in: Caritas, Heft 1, 100. Jg. 1999.

Ueltzhöffer, Jörg:

Freiwilliges Engagement und Lebenswelt, Soziale Milieus in der Bürgergesellschaft. Ergebnisse einer sozioempirischen Repräsentativerhebung in der Bundesrepublik Deutschland 2000, Ein Bericht des Sozialwissenschaftlichen Institutes für Gegenwartsfragen Mannheim (SIGMA), Geschäftsstelle Bürgerschaftliches Engagement/Seniorengenossenschaften des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden-Württemberg (Hrsg.), Stuttgart 2000.

Gabriel, Karl:

Caritas als Teil der Sozialbewegung, Caritas, Heft 1, 100. Jg., 1999, S. 8

Beck, Ulrich:

Risikogesellschaft, Frankfurt 1986 (edition suhrkamp Nr. 1365)

Teufel, Erwin (Hrsg.):

Von der Risikogesellschaft zur Chancengesellschaft, Frankfurt 2001 (edition suhrkamp Nr. 2209)

Hummel, Konrad (Hrsg.):

Bürgerengagement: Seniorengenossenschaften, Bürgerbüros und Gemeinschaftsinitiativen, Freiburg, 1995

Moser, Heinz (Hrsg.):

Soziokulturelle Animation: Grundfragen, Grundlagen Grundsätze, Luzern, 1999

Krämer, Werner

Gabriel, Karl

Zöller, Norbert (Hrsg.):

Neoliberalismus als Leitbild für kirchliche Innovationsprozesse?: Arbeitgeberin Kirche unter Marktdruck, Münster, 2000

Pankoke, E.:

Ehre, Dienst und Amt, Zur Programmgeschichte „ehrenamtlichen“ Engagements, in: S. Müller, Th. Rauschenbach, Das soziale Ehrenamt: nützliche Arbeit zum Nulltarif, Weinheim und München, 1988, S. 208

Kunze, Jürgen:

Beibehalten des gegenwärtigen Spektrums des sozialen Einsatzes oder ganz unabhängig stärkere Konzentration auf bestimmte Klientelgruppen, z. B. Arme und Familien?, in: Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart (Hrsg.), Caritas im Wandel, Stuttgart (Eigenverlag), 2000.

Ergebnisse der Projektevaluation:

Learning by doing?! Oder:

Die lehrreiche Geschichte eines Modellprojektes

Pompey, Heinrich/Roß, Paul-Stefan:

Kirche für andere. Handbuch für eine diakonische Praxis, Mainz 1998

Roß, Paul-Stefan:

Enteignung oder neue Perspektiven? oder: Die BürgerInnen kommen!

Wohlfahrtsverbände und „Bürgerschaftliches Engagement“. In: Otto, Ulrich; Müller, Siegfried; Besenfelder, Christine (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement. Eine Herausforderung für Fachkräfte und Verbände. Opladen 2000 (Leske+Budrich) S. 119–144

Klie, Thomas/Roß, Paul-Stefan:

Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg. 4. Wissenschaftlicher Jahresbericht 1999/2000 – Abschlussbericht. Reihe: Bürgerschaftliches Engagement, Bd. 23; Hrsg: Sozialministerium Baden-Württemberg, Stuttgart November 2000

Roß, Paul-Stefan/Klie, Thomas:

Werkstatt der Zivilgesellschaft. Förderung bürgerschaftlichen Engagements als gesellschaftliches Lernprojekt. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, 147. Jhg. Nr. 11+12, November/Dezember 2000, S. 253–256

Klie, Thomas/Roß, Paul-Stefan (Hrsg.):

Die Zukunft des Sozialen in der Stadt. Bürgerschaftliches Engagement als Herausforderung. Freiburg 2000

Roß, Paul-Stefan:
Soziale Arbeit und bürgerschaftliches Engagement – Konkurrenz oder Partnerschaft? In: Langfeld, Gabriele; Wezel, Hannes; Wolf, Guido (Hrsg.):
Bürgergesellschaft konkret. Initiativen und Erfahrungen in Nürtingen, Gütersloh 2001, S. 67–81

Referat „Zukunft von Erwerbsarbeit und Bürgerarbeit“

Die Zukunft von Arbeit und Demokratie:
Beck, Ulrich (Hrsg.), Frankfurt am Main, 2000

Giarini, Orio, Lidtke, Patrick:
Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome., Hamburg 1997

Rifkin, Jeremy:
Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft,
Frankfurt am Main, New York, 1995

Mutz, Gerd:
Strukturen einer Neuen Arbeitsgesellschaft. Der Zwang zur Gestaltung der Zeit. In Politik und Zeitgeschichte,
B 9/1999, S. 3–11

Presse und Informationsamt der
Bundesregierung (Hrsg.):
Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit. Ziele, Organisation, Arbeitsweise, Bonn, 1999

Röbke, Thomas:
Kunst und Arbeit. Künstler zwischen
Autonomie und sozialer Unsicherheit;
Essen, 2000

Rückert-John, Jana:
Der Dritte Sektor Baden-Württembergs.
Empirische Befunde und Analysen in Ökonomie und Bürgerengagement. Beiträge zum 3. Sektor, zur Sozialwirtschaft und zur Bedeutung Bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg (Hrsg.),
Sozialministerium Baden-Württemberg,
Stuttgart 2000

Schmid, Alfons, Schulz, Andreas:
Beschäftigungsförderung und
Arbeitsmarktpolitik. Der Beitrag der
Caritas, Freiburg, 2000

Schnack, Dieter, Gesterkamp, Thomas:
Hauptsache Arbeit. Männer zwischen
Beruf und Familie, Reinbek bei Hamburg,
1996

Saiger, Helmut:
Die Zukunft der Arbeit liegt nicht im Beruf.
Neue Beschäftigungs- und
Lebensmodelle, München, 1998

Wietschorke, Ewald:
Martinus Consult – Agentur für
Beschäftigungsförderung der Diözese
Rottenburg-Stuttgart, in: Caritas 2000,
Freiburg 1999

Zukunftskommission Gesellschaft 2000
Geschäftsstelle Staatsministerium Baden-
Württemberg (Hrsg.):
Solidarität und Selbstverantwortung. Von
der Risikogesellschaft zur Chancen-
gleichheit. Bericht und Empfehlung der
Zukunftskommission Gesellschaft 2000
der Landesregierung Baden-Württem-
berg, Stuttgart 1999



Unser Service für Sie

Das Diözesanprojekt „Arbeitslosigkeit und Kirche“ stellt folgende Informations- und Arbeitsmaterialien rund um das Thema „Arbeitslosigkeit und Beschäftigung“ bereit:

„Die Baustelle“

In der halbjährlich erscheinenden Schrift für alle Haupt- und Ehrenamtlichen im Bereich „Arbeit und Arbeitslosigkeit“ finden Sie: neue Aktivitäten in der Diözese, Kommentare, Vorstellungen neuer Bücher und aktuelle Termine.

Nr. 1/Februar 2000

Thema: Das Diözesanprojekt „Arbeitslosigkeit und Kirche“ und seine Angebote

Nr. 2/Juli 2000

Themen: Bündnis für Arbeit im Ostalbkreis, „Patenmodell“ Schwäbisch Gmünd, Armutskonferenz Aalen, Workshop „Patenmodelle“, Tagung Dekanatsbeauftragte

Nr. 3/Juni 2001

Themen: Informationen aus den Dekanaten Ostalbkreis und Tuttlingen-Spaichingen, Großveranstaltung „An die Arbeit – Kirche an der Seite von Arbeitslosen“, Schwäbisch Gmünd, November 2000

Arbeitshilfen

Nr. 1/Februar 2000: Patenmodelle

Wege zum Abbau von (Jugend-)Arbeitslosigkeit und zur Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement

Dokumentationen (im Rahmen von „Impulse und Dokumente“)

Nr. 1: „An die Arbeit“ – Kirche an der Seite von Arbeitslosen

Veranstaltung der Diözese Rottenburg-Stuttgart am 18. November 2000 in Schwäbisch Gmünd, Mai 2001; ein Pressespiegel zu dieser Veranstaltung kann ebenfalls bei uns angefordert werden

Nr. 2: Projekt „Bürgerschaftliches Engagement“ zum Thema „Arbeitslosigkeit“

Abschlussveranstaltung am 21. September 2000 in Kooperation mit dem Sozialministerium Baden-Württemberg, Januar 2002

Diese Unterlagen und nähere Informationen erhalten Sie zum Selbstkostenpreis bei:

Diözesanprojekt „Arbeitslosigkeit und Kirche“

Gerd Wielsch

Strombergstraße 11, 70188 Stuttgart
Postfach 13 09 33, 70067 Stuttgart

Telefon: 07 11/26 33-15 30
Fax: 07 11/26 33-15 70

E-Mail: wielsch@caritas-dicvrs.de

In der Reihe „Impulse und Dokumente“ sind bisher erschienen:

Nr. 1:

Denkanstoß: Achtung Bioethik!? –

Ein Überblick über Inhalte, Beiträge und Aktivitäten in der Bioethikdiskussion, Stuttgart, Juli 1998, 3. Auflage: Februar 1999
kostenlos erhältlich (solange Vorrat reicht)

Nr. 2:

Sicherheit und Geborgenheit – Caritas-Altenhilfe – unser kirchliches Fundament trägt

Kongress des Caritasverbandes der Diözese Rottenburg-Stuttgart am 18. September 1997 auf der Messe „Älter werden“ in Stuttgart, Stuttgart, Oktober 1998
kostenlos erhältlich (solange Vorrat reicht)

Nr. 3:

„Umgestellt!?“

Die Umsetzung der §§ 93 ff BSHG in Baden-Württemberg – Eine Zwischenauswertung – Sozialpolitische Tagung am 15. Juli 1999, Stuttgart, November 1999
kostenlos erhältlich (solange Vorrat reicht)

Nr. 4:

Personalisierte Nächstenliebe und institutionalisierte Caritasarbeit

Positionsbestimmung und Handlungslinien zur Gemeindeorientierung, Stuttgart, November 1999 (*vergriffen*)

Nr. 5:

„Ihr Recht ist unsere Pflicht“

Fachkongress der Caritas am 20. Oktober 1999 auf der Messe „Älter werden“ in Stuttgart
Stuttgart, Juli 2000
kostenlos erhältlich (solange Vorrat reicht)

Nr. 6:

Mehr Selbstbestimmung wagen!

Plädoyer für die Einführung eines Persönlichen Budgets im BSHG, Stuttgart, Januar 2001
kostenlos erhältlich (solange Vorrat reicht)

Nr. 7:

„An die Arbeit“

Kirche an der Seite von Arbeitslosen
Veranstaltung am 18. November 2000 in Schwäbisch Gmünd
zum Selbstkostenpreis von DM 10,- erhältlich

Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Thomas Wilk

Strombergstraße 11

70188 Stuttgart

Telefon: 07 11/26 33-11 14

Fax: 07 11/26 33-11 15

E-Mail: wilk@caritas-dicvrs.de

